

Knapp, Wolfgang

Book Part

Metropolregion, Staat und die aktuelle Politik der räumlichen Redimensionierung: Aus der Sicht des Regulationsansatzes und der "radical geography"

Provided in Cooperation with:

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

Suggested Citation: Knapp, Wolfgang (2009) : Metropolregion, Staat und die aktuelle Politik der räumlichen Redimensionierung: Aus der Sicht des Regulationsansatzes und der "radical geography", In: Knieling, Jörg (Ed.): Metropolregionen und Raumentwicklung, Teil 3: Metropolregionen. Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit, ISBN 978-3-88838-060-0, Verlag der ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, pp. 151-199

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/59909>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wolfgang Knapp

Metropolregion, Staat und die aktuelle Politik der räumlichen Redimensionierung – Aus der Sicht des Regulationsansatzes und der „radical geography“

Gliederung

- 1 Ungleiche räumliche Entwicklung
 - 2 Regulation, Geographien der Regulation und räumlicher Maßstäbe (scales)
 - 2.1 Die Praxis der Regulation
 - 2.2 Geographien der Regulation
 - 2.2.1 Lokalisierung/Regionalisierung im Regulationsansatz
 - 2.2.2 Rescaling als Element von Regulation
 - 3 Geographien von Staatlichkeit
 - 3.1 Prozesshaftigkeit, polymorphe geographische Form und multi-skalare Struktur staatlicher Räumlichkeit
 - 3.2 Der staatliche Raum: Arena, Medium und Ergebnis räumlich selektiver politischer Strategien
 - 4 Transformationen staatlicher Räumlichkeit im aktuellen Globalisierungsprozess
 - 4.1 Globalisierung als De- und Re-Territorialisierung
 - 4.2 Rescaling von Städten und Staaten
 - 4.3 Standortpolitik und die politische Geographie des Neoliberalismus
 - 5 Schlussreflexion: Zur Zukunft neoliberaler Regionalisierung
- Literatur

1 Ungleiche räumliche Entwicklung

Die dem Kapital eigene Dynamik der ungleichen geographischen Entwicklung ist zugleich Ausdruck kontinuierlicher Mobilisierung besonderer Territorien, Orte und räumlicher Maßstäbe (scales) als Produktivkraft (Lefebvre 1974, 1991; Harvey 2000: 48), grundlegendes geographisches Medium für den kapitalistischen Wettbewerb und die Auseinandersetzung gesellschaftlicher Gruppen sowie räumlich-institutioneller Rahmen, in dem sich Auf- und Abwertungsprozesse entfalten. Jede Phase des Kapitalismus korrespondiert mit einem historisch spezifischen Muster ungleicher geographischer Entwicklung (Moulaert, Swyngedouw 1990: 90). Innerhalb dieses Musters und durch dieses artikulieren sich die konkurrenzgetriebenen widersprüchlichen Prozesse räumlicher Angleichung (infolge der Anwendung sich ähnelnder Strategien der Profitmaximierung an verschiedenen Standorten) und Prozesse räumlicher Differenzierung (infolge der kontinuierlichen Suche nach ortsspezifischen Standortvorteilen und territorial sowie scale-spezifischen Produktions-

bedingungen zur Vermehrung unternehmensspezifischer Wettbewerbsvorteile) (Harvey 1982; Smith 1984; Massey 1985). Die Konturen dieser ungleichen Geographie werden durch die kapitalistische Entwicklungsdynamik und durch deren staatliche Regulation ständig überarbeitet. Städte und Staaten spielen hierbei Schlüsselrollen, als die Arenen, in denen sich solche Prozesse entfalten, aber auch als wichtige „Akteure“, welche die spezifisch politisch-ökonomische Form begründen, in der diese Prozesse artikuliert werden.

Staatliche Institutionen versuchen nicht nur eine relativ stabile regulatorische Landschaft herzustellen, in der sich die räumlichen Dynamiken des Kapitals entfalten (Harvey 1985: 140). Sie versuchen auch, diese Geographien ungleicher räumlicher Entwicklung, die nicht nur spezifische Möglichkeiten der Kapitalverwertung bieten, sondern auch eine Reihe destabilisierender Elemente enthalten, durch eine Vielzahl räumlicher Politiken zu beeinflussen (Duncan, Goodwin 1987). Dazu gehören Umverteilungspolitiken, die sozio-räumliche Ungleichheiten abschwächen sollen, aber zugleich auch auf Wettbewerbsfähigkeit fixierte und wachstumsorientierte Politiken, die die Polarisierung der territorialen Entwicklung weiter vorantreiben. Insbesondere in Zeiten systemischer Krisen, wie zuletzt der Weltwirtschaftskrise der 1970er-Jahre, wird jedoch die existierende Konfiguration territorialer Organisation obsolet und im Gefolge gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen rekonfiguriert, um neue räumliche Voraussetzungen für den Akkumulationsprozess zu schaffen (Liepietz 1996). Die Suche nach einem „new institutional fix“ (Peck, Tickell 1994) zieht die politisch umkämpfte Restrukturierung der bestehenden institutionellen Landschaft nach sich, um „Raum zu schaffen“ für die Entwicklung und Institutionalisierung neuer Strategien der staatlichen räumlichen Regulation.

Im Gegensatz zu essenzialistischen Interpretationen metropolitaner Räume als derzeit privilegierte geographische Orte, die sich bestimmten – insbesondere ökonomischen – Herausforderungen zu stellen hätten, interpretieren neuere regulationstheoretische und kritisch-geographische Arbeiten die aktuelle Rekonfiguration, Restrukturierung und räumliche Redimensionierung von Städten und Staaten bzw. von Staatlichkeit als wesentlichen Bestandteil der mit der Krise der fordistisch-keynesianischen Entwicklungsweise des Nachkriegskapitalismus Mitte der 1970er-Jahre einhergehenden neuesten Runde der Globalisierung. Die ineinandergreifende Restrukturierung städtischer Räume und der territorial gebundenen staatlichen Institutionen werden gleichermaßen als Voraussetzung, Medium und Ergebnis der vielfältigen globalen Neuordnungsprozesse aufgefasst.

Unter Rückgriff auf Diskussionen der „new political economy of scale“ (Jessop 2002: 179) und abweichend von einer Sicht, die räumliche Maßstäbe (scales), wie lokal, regional, national und global, statisch und als natürlich gegebene sowie hierarchisch abgestufte räumliche Ebenen auffasst, wird die konflikthafte Konstruktion räumlicher Maßstäbe und deren strukturierende Wirkung auf soziales Handeln als Folge von Regionalisierungs- und Globalisierungsprozessen und unter Berücksichtigung von Machtverhältnissen als „politics of scale“ untersucht (Smith 1993). Dadurch werden Prozesse und Strukturen auf der lokalen/regionalen Ebene als Verdichtungen multiskalarer Entwicklungen begreifbar, in denen Nationalstaaten weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Indem die Konstruktion neuer metropolitaner Räume in den Blick gerät, wird deren Bedeutungszuwachs als Ergebnis weiter reichender politisch-ökonomischer Prozesse, in denen von spezifischen Akteuren bestimmte „regionale Aktiva“ geformt und für bestimmte Zwecke materiell und diskursiv

mobilisiert werden, deutlich. (Metropolitane) Regionen können scale-spezifische Charakteristika ausbilden, diese stehen aber immer in *Relation* zu anderen räumlichen Maßstäben. Um simple Dichotomien wie global – lokal/regional oder verkürzte Vorstellungen der Dominanz einer aktiven, höheren und weiter reichenden globalen Ebene über eine passive, untergeordnete und begrenzte lokale/regionale Ebene zu überwinden, werden die vielfältigen *Prozesse*, die sich auf unterschiedlichen räumlichen Maßstäben entfalten und miteinander interagieren, betrachtet.

Die seit den 1980er-Jahren zunehmende Artikulation neoliberaler Regionalisierungsprojekte einschließlich der sie begleitenden Diskurse, die tendenziell Wachstum gegenüber Ausgleich, strukturelle Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Kooperation, Kostensenkung, Deregulierung und institutionelles downgrading gegenüber schützenden Regularien, „workfare“ gegenüber wohlfahrtsstaatlichem Klassenkompromiss und Effizienz gegenüber demokratischer Verantwortlichkeit privilegieren (Brenner, Theodore 2002), sind in dieser Sicht eng verbunden mit den durch die Krise der fordistisch-keynesianischen Entwicklungsweise ausgelösten Prozessen der De- und Re-Territorialisierung und der räumlichen Redimensionierung staatlicher Macht, durch die subnationale institutionelle Räume als geographische Generatoren neuerlicher Wachstumsprozesse mobilisiert werden sollen (Brenner 2004 a, b). Lipietz (1994: 34 f.) sieht in der Metropolisierung der räumlichen Planung, mit der der Staat versucht, die produktiven Kräfte in den international wettbewerbsfähigsten urbanen Regionen zu konzentrieren und zu stärken, und in der ökonomistisch verkürzten Debatte über neue Formen metropolitaner Governance „projected spaces“. Diese sind als territorialer Niederschlag gesellschaftspolitischer Strategien räumliche Arenen, in denen ein besonderes politisches Projekt und eine hegemoniale Vision, in der sich dessen gesellschaftlicher und ideologischer Gehalt ausdrückt, konstruiert werden.

Untersuchungen, die Städte und Territorialstaaten als Ergebnis von „politics of scales“ in die neuen „glokalen“, d. h. im kombinierten Prozess von Globalisierung und lokal-territorialer Neukonfiguration entstehenden, Geographien und Akkumulationsstrategien des Kapitals einordnen und eine veränderte räumliche Gewichtung erfahren, profitieren also – so die These des nachfolgenden Beitrags – von Untersuchungen, die die partielle, provisorische und umstrittene „soziale Einbettung“ und „Regulation“ des Kapitalverhältnisses betonen und sich mit der Krise der historischen (fordistisch-keynesianischen) Gesellschaftsformation des Nachkriegskapitalismus und des mit ihm korrespondierenden spezifischen Musters der räumlichen Organisation befassen (Aglietta 1979: 16; Lipietz 1985: 109), wie auch von einer Konzeptualisierung des staatlichen Raumes als Arena, Medium und Ergebnis räumlich selektiver politischer Strategien.

Das folgende Kapitel 2 befasst sich deshalb mit neueren Vorstellungen vor allem britischer Regulationstheoretiker, die den Regulationsansatz (RA) als ein dem kritischen Realismus verpflichtetes (Jessop 2001a; Sayer 1992) methodisches Forschungsprogramm betrachten, mit dem die Problematik von Metropolregionen, Staaten und der aktuellen Politik der räumlichen Redimensionierung, verstanden als Ausdruck einer breiteren geographischen Reorganisation des Kapitalismus insgesamt, in unterschiedlichen räumlichen Maßstäben untersucht werden kann. Um lokalistischen Engführungen in der Debatte um die Re-Regulation des Lokalen/Regionalen entgegenzuwirken, wird dabei auch auf

kritisch-geographische Arbeiten eingegangen, die sich aktuell mit den Prozessen einer räumlichen Neudimensionierung (re-scaling) befassen.

Kapitel 3 stellt Brenners (2004a) Verräumlichung von Jessops (1990b) strategisch-relationaler Konzeptualisierung des kapitalistischen Staates vor. Danach sind die neuesten Geographien von Staatlichkeit Ausdruck des dialektischen Wechselspiels zwischen überkommenen (fordistischen) Aufteilungen/Skalierungen des politischen Raums und neuen (post-fordistischen) räumlichen Projekten und Strategien des Staates, die diese umformen wollen. Staatliche Räumlichkeit wird als umstrittenes, multiskalares politisch-institutionelles Terrain begriffen, auf dem unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte die Geographien der staatlichen territorialen Organisation und die regulatorischen Aktivitäten des Staates zu beeinflussen versuchen.

Auf dieser Grundlage befasst sich das vierte Kapitel mit der jüngsten globalen Rekonfiguration der staatlich-territorialen Organisation. Im Unterschied zu Auffassungen, die in der aktuellen Runde der kapitalistischen Restrukturierung auf globaler Ebene vor allem einen Prozess der De-Territorialisierung, also der Ablösung sozialer Bindungen von ihren lokal-territorialen Wurzeln sehen, wird hier nicht nur an die Formen territorialer Organisation, wie insbesondere metropolitane Agglomerationen und staatliche Regulierungseinrichtungen, erinnert, die diese Prozesse der De-Territorialisierung erst ermöglichen. Bedeutsam erscheint vor allem auch die mit der Globalisierung verbundene fortschreitende räumliche Redimensionierung sowohl von Städten als auch von Staaten als ineinandergreifende Formen der Re-Territorialisierung post-fordistischer Formen der Kapitalakkumulation. Die Dynamik dieser sich in Weltstädten oder metropolitane Regionen besonders komplex überlagernden und gegenseitig durchdringenden sozialen Räume und räumlichen Maßstäbe muss als Ausdruck einer Politik der räumlichen Redimensionierung analysiert werden, die an der Schnittstelle zwischen städtischer und staatlicher Re-Territorialisierung entsteht (Brenner 2004a).

2 Regulation, Geographien der Regulation und räumlicher Maßstäbe (scales)

2.1 Die Praxis der Regulation

Obwohl inzwischen unterschiedliche Theoretiker und Schulen mit und am RA arbeiten (Jessop 2001), wird dieser meist mit der in den 1970er-Jahren dominierenden Pariser Schule identifiziert (Aglietta 1979; Lipietz 1988; Boyer 1990; Becker 2002), die nach der „Wiederentdeckung“ der ökonomischen Krise nach den langen Jahren der Nachkriegsstabilität sich in der marxistischen Tradition des historischen Materialismus und der Kritik der Politischen Ökonomie insbesondere mit den sich verändernden Formen und Elementen (Institutionen, Verfahren; Normen etc.) befasste, in und durch welche die offensichtlich prekäre erweiterte Reproduktion des Kapitals als gesellschaftliches Verhältnis zumindest vorübergehend gesichert wird. Gesellschaftstheoretisch steht der RA einerseits in der Tradition des marxistischen Strukturalismus und weist wie dieser ein einfaches Basis-Überbau-Schema zurück, hebt die für die kapitalistische Produktionsweise konstitutive Bedeutung kultureller, ideologischer und politischer Verhältnisse hervor und konkretisiert die kapitalistische Produktionsweise als ein Ensemble unterschiedlicher, auch nicht kapitalistischer

(jedoch kapitalistisch dominierter) Produktionsverhältnisse. Andererseits setzt sich der RA aber auch von dieser strukturalistischen Tradition ab, weil sie letztlich nicht in der Lage sei, gesellschaftliche Widersprüche und Konflikte, d.h. gesellschaftliche Veränderungen, Krisen und Umwälzungen zu denken. Die strukturalistischen Theoreme werden deshalb unter Bezug auf Gramscis Konzeption hegemonialer Auseinandersetzungen handlungstheoretisch aufgebrochen. Die Perspektive der „Reproduktion“ gesellschaftlicher Verhältnisse wird durch die der „Regulation“ ersetzt. Der Prozess der kapitalistischen Reproduktion wird als inhärent widersprüchlich und instabil angesehen und bedürfe folglich der Regulation, die aber letztlich Schwankungen zwischen Phasen relativer ökonomischer Prosperität und Stagnation, Krisen und tiefgreifende Strukturbrüche nicht verhindern könne. Damit ist gesellschaftliche Entwicklung immer auch das Ergebnis „offener“ und auf der Grundlage der gegebenen Bedingungen und Regelmäßigkeiten ausgetragener sozialer Kämpfe.

Der RA ist keine kohärente und vollständig ausgearbeitete Gesellschaftstheorie, sondern eher eine heuristische Konzeption zur Analyse tief greifender gesellschaftlicher Umbrüche. Theoriebildung wird als „niemals abgeschlossen“ (Aglietta 1979: 15) angesehen und der RA entsprechend als ein sich entwickelndes Forschungsprogramm mit einer Reihe konzeptioneller Erfindungen und einer sich entfaltenden Methodologie charakterisiert (Boyer 1990; Jessop 1990a). Als solches ist der RA am Dialog mit anderen theoretischen Ansätzen interessiert und versucht immer wieder seine analytischen Fähigkeiten durch den Einbau anderer Theoriebezüge, aber auch durch Modifikation seiner Grundbegriffe zu verbessern. Dieses und das nächste Kapitel sollen deshalb auch mit Untersuchungen bekannt machen, die sich mit Prozessen der Regulation (und weniger mit bestimmten Regulationsweisen) und deren diskursiver Verfasstheit, mit dem Staat und den Prozessen politischer Regulation sowie den Geographien der Regulation und Fragen ihrer räumlichen Maßstäbe befassen und im Ergebnis die Fruchtbarkeit regulationstheoretischen Denkens für eine Vielzahl von Fragestellungen erhöhten.

Im Zentrum regulationstheoretischer Forschung steht die historische Abfolge und räumliche Expansion unterschiedlicher gesellschaftlicher Entwicklungsmodelle mitsamt ihren Widersprüchen und Krisen. Die hierzu entwickelten Kategorien konkretisieren die abstrakten Konzepte der kapitalistischen Produktionsweise, wie „Produktionsverhältnis“, „Produktivkräfte“ oder „Akkumulationsprozess“, auf der Ebene der jeweils historisch spezifischen Formation. Von besonderer Bedeutung ist dabei das Verhältnis von Akkumulationsregime und Regulationsweise, den beiden Schlüsselbegriffen des RA. Das Akkumulationsregime beschreibt die makroökonomischen Regelmäßigkeiten und das spezielle sozioökonomische Reproduktionsmuster kapitalistischer Akkumulation. Im Kern wird es durch die Nutzung der Arbeitskraft und die Lohnfestlegung sowie durch die staatlich gestützte Reproduktion der abhängig Beschäftigten definiert. In der Zusammenfassung von Lipietz (1985: 120; vgl. auch Aglietta 1979: 69 f.) ist das Akkumulationsregime „ein Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produkts, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen (dem Volumen des eingesetzten Kapitals, der Distribution zwischen den Branchen und den Produktionsnormen) und den veränderten Bedingungen des Endverbrauches (Konsumnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben, usw.) herstellt“.

Während das Akkumulationsregime ein Set von Regelmäßigkeiten darstellt, die die Kapitalakkumulation sichern, werden diese Regelmäßigkeiten selbst durch die Regulationsweise hervorgebracht, d. h. von den Institutionen, formalen Prozeduren, informalen sozialen Normen, Konventionen und Individualitätsformen, die individuelles und kollektives Verhalten mit den Bedingungen des Verwertungs- und Akkumulationsprozesses in relative Übereinstimmung bringen können (Lipietz 1985: 121). Die Regulation bezieht sich auf das Lohnverhältnis (Reproduktion der Arbeitskraft, soziale Sicherung, Familienbeziehungen, Bildung, Lebensstile, Konsumformen), die Unternehmensform (Reallokation des Kapitals, Formen der Konkurrenz und Kooperation, interne Organisation), die Geld- und Kreditbeziehungen und umschließt auch die rechtlichen, ideologischen und ökonomischen Dimensionen staatlicher Intervention und die internationalen Regimes (Jessop 1992b: 238). Regulation macht die Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung insofern prozessierbar, als Terrains definiert werden, auf denen Konflikte stattfinden können, ohne dass sie die Profitabilität des Akkumulationsprozesses bedrohen, und hegemonial abgesicherte soziale Kompromisse geschlossen werden. Dabei ist die konkrete Ausprägung eines Akkumulationsregimes vermittelt durch die Regulation und umgekehrt. Beide Ebenen der Vergesellschaftung sind ko-evolutionäre Aspekte sich wechselseitig stabilisierender Erwartungshaltungen und Handlungsoptionen.

Der Prozess der materiellen Produktion und Reproduktion und der institutionell-normative Komplex von Regulation nehmen historisch unterschiedliche, aber miteinander verbundene und vom herrschenden Vergesellschaftungsmodus strukturbestimmte (Zwang zur Profitmaximierung und Akkumulation, soziale Formbestimmung von Institutionalisierungsprozessen) Ausprägungen an. Konkrete Akkumulationsregimes und Regulationsweisen, wie etwa die unterschiedlichen Ausprägungen des Fordismus, „werden geformt von je spezifischen, aber sich innerhalb dieser strukturellen Bestimmungen und Dynamiken entwickelnden Kräfteverhältnissen und beinhalten jeweils besondere Verbindungen kapitalistischer und nicht-kapitalistischer Produktionsweisen, institutionelle Konfigurationen und Weltmarktbeziehungen“ (Hirsch 1994: 198).

Die immer nur als Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen herzustellende Kompatibilität von Akkumulationsregime und dem in der Regulationsweise repräsentierten „institutional fix“ (Peck, Tickell 1994) ist die Voraussetzung der relativen Stabilität einer historisch spezifischen sozialen Formation des Kapitalismus bzw. eines konkreten inklusiven „Entwicklungsmodells“ oder auch eines „hegemonial strukturierten historischen Blocks“ (Théret 1994: 18 ff.). Die Dynamik des Akkumulationsprozesses mit seinen ökonomischen, sozialen, ökologischen und technologischen Folgen und der davon relativ autonome Wandel des institutionellen Gefüges führen jedoch zu gesellschaftlichen Verschiebungen zwischen Akkumulationsprozess und institutionalisiertem Regulationssystem, die eine Verdichtung gesellschaftlicher Widersprüche zur Folge haben können. Störungen können das gesamte ökonomische, soziale und politische System erfassen und eine Phase des Umbruchs und der grundlegenden Restrukturierung der ökonomischen Produktionsbedingungen der sozialen Institutionen sowie der Wert- und Erwartungshaltungen einleiten. Als komplexes und prinzipiell offenes Ergebnis sozialer und politisch-ideologischer Auseinandersetzungen, die in die strukturellen Vergesellschaftungsformen des kapitalistischen Produktionsverhältnisses eingebunden sind (Hirsch 1990: 37), können sich ein neues Akkumulationsregime

und eine entsprechende Regulationsweise von allerdings wiederum nur relativer Stabilität und Kohärenz entwickeln.

Regulation ist beides: „the medium, object and outcome of social struggles and conflicts and ... subject to crisis and restructuring“ (Painter 1997: 124). Anstatt nach kohärenten „Modi“ der Regulation zu suchen, sollte deshalb, Painter und Goodwin folgend, stärker auf den Prozess der Regulation, also die „material and discursive practices“ abgestellt werden, „that generate and are in turn conditioned by social and political institutions“ (Painter, Goodwin 1995: 342; Goodwin, Painter 1997: 21). Die ausschließliche Beschäftigung mit „the ebb and flow of regulatory processes through time and space“ (Painter, Goodwin 1995: 342) würde allerdings übersehen, dass „subjects may come to make sense of the world by acting in and through recognizable patterns of coherence over time and across space“ (MacLeod 1997: 534) und dass die Vermittlung der verschiedenen Interessen und Strategien im Prozess der Herausbildung neuer Regulationsweisen über hegemoniale Projekte erfolgt.

Auf jeden Fall muss das konkrete Handeln der gesellschaftlichen Subjekte ernst genommen werden. Der Begriff der „Regulation“ betont zwar im Unterschied zu dem der „Regulierung“, in dem das intentionale Handeln (in der Regel eines Akteurs „Staat“) im Zentrum steht, das Moment des nicht Intendierten stärker und Regulation ist insofern ein „Prozess ohne steuerndes Subjekt“ (Hirsch 1990: 38). Der Staat garantiert den Prozess der Regulation und ist zugleich einer seiner Bestandteile, während die Apparatur des Staates und die Institutionen des politischen Systems als Ausdruck sozialer Beziehungen selbst Gegenstand der Regulation sind. Der Prozess der Regulation erfolgt aber nicht ohne agierende Subjekte. „Vielmehr lassen sich ... unterschiedliche Subjekte identifizieren, deren Aktivitäten mehr oder weniger koordiniert werden, auf größeren oder kleineren Widerstand anderer Kräfte treffen und deren Strategien sich innerhalb eines (gleichzeitig befördernden und begrenzenden) strukturellen Kontextes bewegen. Dies eröffnet gleichzeitig vielfältige Möglichkeiten für intentionale Eingriffe in die Funktionsweise und Reproduktionsfähigkeit eines gegebenen Regimes“ (Jessop 2001: 34). Damit wird natürlich eine Reihe von Fragen nicht nur über das subjektive Moment der Regulation allgemein, sondern vor allem auch über das genaue Verhältnis von Struktur, Institution und Handlung bzw. Strategie aufgeworfen, bei deren Beantwortung es gilt, sowohl voluntaristische (eine Strategie führt zu einer entsprechenden Struktur) als auch strukturalistische Kurzschlüsse (für eine Struktur wird die passende Strategie gesucht) zu vermeiden.

Der RA sieht sich also mit dem Problem konfrontiert, das Verhältnis von Struktur und Handlung als komplexe „Dualität“, d.h. als ein Verhältnis der wechselseitigen Konstitution und Ermöglichung zu entwerfen. Auf die unterschiedlichen Versuche, Struktur und Handlung im RA zu vermitteln – unter Rückgriff auf Gramscis Hegemoniekonzept (Borg 2001), das vor allem hervorhebt, dass sich Genese und Reproduktion einer historischen Formation über soziale Auseinandersetzungen vermitteln, oder unter Rückgriff auf Giddens' Theorie der Strukturierung (Görg 1994; Jessop 2001b), Bourdieus Habitus-Konzept (Jessop 1997a), die postmarxistische Diskursanalyse von Laclau und Mouffe (Scherrer 1995) oder Jessops strategisch-relationalen Ansatz (Jessop 2001b) –, die Gegenstand anhaltender Diskussionen sind, kann hier aber nicht eingegangen werden.

Mit dem wachsenden Interesse an dem subjektiven Moment der Regulation wurde auch die diskursive und kulturelle Komponente der Konstitution von Regulationsweisen hervorgehoben. So argumentieren etwa Jenson (1989, 1991, 1993, 1995) oder MacLeod und Jones (1999), dass die Kohärenz eines Entwicklungsmodells nicht zuletzt darauf beruht, dass sie als hegemoniales Projekt in die Definition personaler und kollektiver Identitäten eingreift. Vor allem Jenson (1991: 196) hat schon früh konkrete Analysen des historisch entwickelten Set von Praktiken und Bedeutungen gefordert, die die kontextuellen regulatorischen Mechanismen für einen spezifischen Wachstumsmodus und/oder die spezifischen gesellschaftlichen Paradigmen hervorbringen, die einen großen Teil gesellschaftlicher Verhältnisse jenseits der Produktionssphäre regeln: „Both the mode of regulation and the societal paradigm depend upon actor’s strategies in creating their representational systems and thereby constructing their collective identities“.

Politik ist für Jenson „mutating theatre“, auf dessen Bühne die Akteure versuchen, Unterstützung für die Durchsetzung ihrer Interessen zu gewinnen, indem sie kollektiv geteilte Erzählungen heranziehen (Jenson 1989). Das vorherrschende „representational regime“ beeinflusst dabei einerseits die Repräsentation des Selbst über kollektive Identitäten, andererseits aber auch die Möglichkeit der Repräsentation von Interessen. Diese beiden Aspekte sind nicht nur eng miteinander verbunden, beide schließen auch Macht ein, „namely the power to give meaning to social relations, and thereby to represent and dispute interests“ (Jenson 1993: 149). Die Bühne, auf der Akteure und gesellschaftliche Gruppen um Repräsentation streiten, bezeichnet Jenson als das Universum des politischen Diskurses, „a space in which socially constructed identities emerge in discursive struggle“ (Jenson 1989: 238). Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen formieren sich in der Auseinandersetzung mit anderen zu gesellschaftlichen Blöcken, die ihre politischen Projekte hegemoniefähig zu machen versuchen und Koalitionen bilden.

Hegemonie ist dabei nicht nur die Fähigkeit einer Gruppe oder eines Bündnisses von Akteuren, ihr „Projekt“ als das der gesamten Gesellschaft darzustellen und durchzusetzen, sondern ist auch der reale „Prozess der Verallgemeinerung von Interessen in einem instabilen Kompromissgleichgewicht“ (Demirovic 1992: 154; vgl. auch Sablowski 1994). Ein hegemoniales Projekt, wie es z. B. mit der fordistischen Entwicklungsweise etabliert war, als Artikulation vieler gesellschaftlicher Praxen und Interessen in einem Kompromiss, wird getragen von einem geschichtlichen Block gesellschaftlicher Kräfte, der als Resultat konkreter Kräfteverhältnisse im Kampf um Hegemonie „Herrschende“ und „Beherrschte“ einschließt und weiter gefasst ist als der jeweilige politische Block an der Macht. Hegemonie beruht im Wesentlichen auf der Anerkennung der Vorstellung, dass keine Alternativen zur jeweiligen Form der Vergesellschaftung existieren, womit gesellschaftliche Gruppen und Diskurse, die sich nicht im Rahmen des hegemonial Akzeptierten bewegen, in vielfältiger Weise an den Rand gedrängt werden, wobei auch die Momente des Zwangs durch den Staat eine Rolle spielen. Im Moment der Krise einer Entwicklungsweise stößt diese allerdings nicht nur an strukturelle Grenzen; die Krise manifestiert sich auch im vorherrschenden Repräsentationsregime (und wird dann auch über dessen Neustrukturierung zu lösen versucht) (Jenson 1990, 1995). Mit der Desartikulation des überkommenen hegemonialen Dispositivs von Praxen und Wissensformen geht die Auflösung der es stützenden Konstellation gesellschaftlicher Kräfte einher (Hirsch 1994: 206–07). Der Erfolg konkurrierender

Gruppen und bisher „randständiger“ Akteure (bzw. Identitäten) hängt dann wesentlich davon ab, inwieweit es ihnen gelingt, sich diskursiv in dieses nunmehr disparate Feld von Ideen und Praxen einzubringen und es unter Einflechtung neuer Aspekte zu einem neuen hegemonialen Projekt zu reartikulieren. So kann z. B. „Globalisierung“ auch als die Verlaufsform der Durchsetzung eines neuen Zusammenhangs von Akkumulation, Regulation und Hegemonie gesehen werden, welche sich im Rahmen der aus der Krise des Fordismus hervorgegangenen Bedingungskonstellation herausgebildet hat. Globalisierung, als neues hegemoniales Projekt verstanden, „ist ein von einer spezifischen Konstellation sozialer Kräfte getragener Praxis-Wissen-Komplex, welcher soziales Handeln orientiert und der Austragung von politischen und sozialen Konflikten als zivilgesellschaftlich sanktionierter Deutungs- und Bezugsrahmen dient“ (Borg 2001: 70).

2.2 Geographien der Regulation

Obwohl sich der RA immer bewusst war, dass Akkumulationsregime und die ihnen eingeschriebenen Krisenphasen in unterschiedlichen Ländern unterschiedliche Formen annehmen und schon die frühe Pariser Schule vereinzelt internationale (Aglietta 1982) und subnationale (Lipietz 1977) Räume untersuchte, stellte „Raum“ generell lange eine eher unterbelichtete Kategorie dar (MacLeod 1997: 538). Im Allgemeinen wurde der Nationalstaat als Raum bzw. räumlicher Maßstab von Akkumulation und Regulation als gegeben vorausgesetzt und Letztere als Ergebnis eines nationalstaatlich vermittelten Klassenkompromisses konzeptualisiert. Dies wurde allerdings zunehmend zu einem theoretischen und analytischen Problem, als mit der Krise des Fordismus die Suche nach neuen Räumen von Akkumulation und Regulation jenseits des Nationalstaats einsetzte. Im Rahmen des mit der Entdeckung von neuen räumlichen Konfigurationen einhergehenden „spatial turn“ in den Sozialwissenschaften (Schmid 2002) wurde nun unter Rückgriff auf Harveys Konzept der „Produktion der gebauten Umwelt“ (Harvey 1982, 1985) zum einen „Raum“ als eine physisch-materielle Bedingung der gesellschaftlichen Entwicklung verstanden, die durch menschliche Arbeit überformt und verändert wird. Zum anderen wurde das Problem des räumlichen Maßstabs gesellschaftlicher Interaktions- und Regulationsprozesse thematisiert und die sogenannte „scale question“ gestellt. Einen Versuch, die Räumlichkeit sozialer Prozesse, Regulierungen und Diskurse mit den physisch-materiellen Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung zu verbinden und für den RA fruchtbar zu machen, hat Schmid (1996, 2002, 2003) auf der Grundlage der Theorie der Produktion des Raumes von Lefebvre (1974, 1991) mit seinem Konzept des Territorialverhältnisses vorgelegt.

2.2.1 Lokalisierung/Regionalisierung im Regulationsansatz

Um ein kritisches Verständnis der „new states of regionalization“ und der „new regionalizations of the state“ (MacLeod 2001) bemühen sich neben „kritischen Geographen“, die die Produktion von Raum bzw. von neuen räumlichen Maßstäben (scales) in den Vordergrund stellen, auch Vertreter des RA, die diesen für die Analyse lokaler/regionaler Transformationsprozesse fruchtbar zu machen versuchen (Peck, Tickell 1995; Lipietz 1994; Moulaert 1996; DiGiovanni 1996; Krätke, Heeg, Stein 1997; Krätke 1999; Goodwin, Painter 1997).

So haben z. B. Peck und Tickell (1992, 1995) unter Rückgriff auf die Literatur der industriellen Restrukturierung (Massey 1984) und Harveys (1985: 140) Idee einer „urban structured coherence“ am Beispiel der Entwicklung Süostenglands im Rahmen des nationalen Akkumulationsprojektes der Regierung Thatcher gezeigt, dass unterschiedliche Regulationsfunktionen auf verschiedene räumliche Maßstäbe verteilt sein können. „Local modes of social regulation can be seen to compromise those regulatory practices which underscore structured coherence at the subnational scale“ (Peck, Tickell 1995: 27). Lokale Regulationsweisen erfüllen aber nicht einfach auf subnationaler Ebene dieselben Funktionen wie nationale; und es wird normalerweise auch keine klare Trennung der Verantwortlichkeiten derart geben, dass eine lokale Regulationsweise die alleinige Zuständigkeit für bestimmte Funktionen und eine nationale die für andere hat. Lokale Regulationsweisen sollten deshalb nicht als Domäne exklusiver lokaler Regulationspraxen, sondern als „regulatory systems distinctive more for their unique position within wider (national and international) structures of accumulation and regulation“ bzw. „by their mode of integration into wider structures“ definiert werden, „though these wider structures are at the same time partly constituted of, and by, local systems“ (Peck, Tickell 1995: 27). Damit war die Aufmerksamkeit auf die Interaktion zwischen räumlichen scales der Regulation gelenkt und auf der eher theoretischen Ebene ein wichtiger Schritt zum Verständnis der Geographie der Regulation gemacht. Die konkrete Analyse befasste sich aber mehr mit der Wirkung nationaler Strategien auf die Region als mit den Prozessen der lokalen „Übersetzung“ und Ausformung dieser Strategien durch die spezifischen subnationalen Agenturen und institutionellen Praxen (MacLeod 1997: 541).

Lipietz (1993, 1994) ging ebenfalls davon aus, dass die regionale Ebene eine zunehmend wichtige Rolle bei der Bearbeitung der Widersprüche des aktuellen Kapitalismus spielt, wenn auch die grundlegenden Auseinandersetzungen und sozialen Kompromisse nur auf der nationalen Ebene, oder vielmehr auf der regionalen Ebene nur über Garantien der nationalen Ebene geregelt würden. Ausgehend von der Unterscheidung eines „Raumes an sich“ von einem „Raum für sich“ und unter Rückgriff auf Gramsci versuchte er, dies mit dem Begriff der „regionalen Armatur“ zu fassen. Während der „Raum an sich“ die „objective foundation of the empirical space (ist) in which social practices seem to take place, are embedded, and deployed“ (Lipietz 1994: 25), bezeichnet der „Raum für sich“ die „spatial dimension of a social bloc, of its hegemony, or of the open struggle between such blocs“ (ebd.: 26). Eine „regionale Armatur“ ist dann ein „Raum für sich“, in dem die herrschenden Klassen des hegemonialen Blocks über ideologische und politische Apparate verfügen, die es ihnen ermöglichen, im regionalen Maßstab einen Teil der sozioökonomischen Konflikte zu regulieren. In ähnlicher Weise versuchten Cox und Mair (1991) mit ihrem Konzept des „territorial social bloc“ die institutionellen Fähigkeiten zu proaktivem lokalem Handeln zu fassen. In beiden Fällen wird die Aufmerksamkeit auf die eigentlichen Kräfte der Regulation – auf welchem räumlichen Maßstab und in welcher räumlichen Arbeitsteilung auch immer – gelenkt. Lipietz' Betonung der Rolle der herrschenden Klassen dürfte allerdings die relative Autonomie von Politik und Verwaltung auf der regionalen Ebene sowie die Möglichkeiten zur Bildung anderer territorialer Blöcke unterschätzen (MacLeod 1999: 237).

Goodwin und Painter (1997) sind weniger an formalisierten und strukturierten „local modes of regulation“ und deren Beitrag bzw. Funktion im Rahmen einer sich herausbildenden post-fordistischen Regulationsweise interessiert und fragen stattdessen, auf welchen räumlichen Ebenen sowie durch welche sozialen Praktiken und deren institutionellen Verdichtungen hindurch Regulation stattfindet. Mit eher „fließenden“ Konzepten wie „Regulationsprozess“ und „regulatory capacity“ gerieten, so ihre These (ebd.: 23), die zeitlich und räumlich unterschiedlich effektiven Regulationsprozesse auf sub-nationalen räumlichen Maßstäben als Produkt materieller und diskursiver Praktiken, die soziale und politische Institutionen hervorbringen und von diesen wiederum bedingt sind (vgl. z. B. Goodwin, Duncan, Halford 1993), wie auch die Ergebnisse unterschiedlicher Regulationsprozesse interagierender räumlicher Dimensionen in den Blick. Gefordert sei deshalb ein Untersuchungsdesign „which joins a geographically sensitive regulation approach based on social processes to a critical political sociology of the local state and urban governance based on an investigation of the material and discursive practices in which they are grounded“ (Goodwin 2001: 85).

2.2.2 Rescaling als Element von Regulation

Indem die Versuche kritischer Geographen, die Heterogenität und Komplexität der aktuell zu beobachtenden räumlichen Re-Strukturierungsprozesse als Frage des räumlichen Maßstabs (scale question) zu thematisieren (Smith 1993, 1995; Agnew 1993; Swyngedouw 1992a, 1997a, 1997b, 2004; Brenner 1998b, 1999a, 1999b, 2000a, 2001; Collinge 1999, 2005; Delaney, Leitner 1997; Marston 2000; Herod, Wright 2002; Howitt 2003; Sheppard, McMaster 2004; Jonas 2006), aufgegriffen wurden, löste sich der Blick des RA von bestimmten, ontologisch gegebenen und a priori definierten, reifizierten geographischen Ebenen zugunsten der Frage einer räumlichen Redimensionierung und ihrer konstitutiven Bedeutung für den Regulationsprozess. Anstatt lediglich neue räumliche Ebenen der Akkumulation und Regulation neben dem Nationalstaat einzuführen, werden nun die Konstruktion räumlicher Hierarchien und die Maßstabsabhängigkeit von Diskursen und politisch-sozialen Praktiken betrachtet. Dabei wird – wie auch in den Debatten um Multi-Level-Governance – deutlich, dass gesellschaftspolitische Transformationsprozesse zunehmend schwieriger aus der Perspektive einer einzigen räumlichen Ebene heraus erklärt werden können, ohne dabei wesentliche Wechselwirkungen und Interdependenzen zwischen unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen auszublenden.

Im Unterschied zu Vorstellungen, die (wie im Übrigen auch die Ansätze zur Multi-Level-Governance) „space as already divided up“ (Massey 2005) und die Beziehungen zwischen räumlichen Maßstäben essenziellistisch als vorgebene „nested hierarchy of bounded spaces of differing size“ (Delaney, Leitner 1997: 93) zur Ordnung der Welt betrachten, werden räumliche Maßstäbe als kontingentes Ergebnis struktureller Faktoren und sozio-räumlicher menschlicher Praxis (Paasi 2004: 538; Brenner 2001: 591) relational (Howitt 2003) konzeptualisiert. Scales müssen als sozial produzierte und konstruierte räumliche Dimensionen verstanden werden, die nicht von vornherein feststehen und klar voneinander zu trennen sind und die je nach Betrachtungsweise, Gegenstand, dominanten Akteuren und vertretenen Interessen neu geschaffen und verändert und instrumentalisiert werden können. Als räumlich und zeitlich dynamische, immer wieder – was ihre Ausdehnung,

Inhalte, relative Bedeutung und wechselseitigen Beziehungen anbetrifft – umkämpfte und umstrukturierte Handlungskontexte sind scales nicht gesellschaftlich oder politisch neutral, sondern schließen Machtbeziehungen ein bzw. bringen diese zum Ausdruck (Swyngedouw 1997a: 140 f.). Sie drücken darüber hinaus das Verhältnis verschiedener Ebenen zueinander aus, womit Fragen der wechselseitigen Abhängigkeit und Beeinflussung der Ebenen sowie der Herausbildung von Hierarchien und Machtverhältnissen angesprochen sind.

Räumliche oder geographische Maßstabsebenen, auf denen sich Akteure organisieren, Institutionen gebildet werden, soziale Prozesse ablaufen und Konflikte ausgefochten werden, werden gesellschaftlich konstruiert und sind kontinuierlich produzierte und reproduzierte historische Voraussetzungen, Medien und Ergebnisse sozialer, ökonomischer und politischer Prozesse (Delaney, Leitner 1997: 93). Als „geographical organizer and expression of collective social action“ (Smith 1995: 61; Brenner 1998: 460) sind sie das Ergebnis von „politics of scale“ (Smith 1993) oder „politics of scalar structuration“ (Brenner 2001, 2004a) bzw. Resultat gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen und des Einsatzes besonderer Praktiken der Repräsentation. Letzteres insofern, als politisch Handelnde ihre Auseinandersetzungen diskursiv skalar (re)präsentieren und, umgekehrt, Aktivitäten räumliche Vorstellungen von Regionen, Städten oder Nationalstaaten als „active progenitors“ implizieren, die ein schon geographisch aufgeteiltes Gerüst anbieten, in dem und durch das solche Auseinandersetzungen stattfinden (Jones 1998: 26; beispielhaft für den Einsatz solcher „scalar narratives“: Gonzáles 2006). Jede Konzeptionalisierung einer Politik skalarer Strukturierung muss nicht nur beachten, dass „scales evolve relationally within tangled hierarchies and dispersed interscalar networks“, sondern auch, dass „geographical scales and networks of spatial connectivity are mutually constitutive rather than exclusive aspects of social spatiality“ (Brenner 2001: 605; vgl. auch Bulkeley 2005).

Ein prozessorientierter Blick auf die Mechanismen der Transformation räumlicher Maßstäbe „does not in itself assign greater validity to a global or local (oder nationale oder nicht-staatliche) perspective“ und lenkt stattdessen die Aufmerksamkeit auf „a series of sociospatial processes that changes the importance and role of certain geographical scales, reasserts the importance of others, and sometimes creates entirely new significant scales“, und darauf, dass „these scale redefinitions alter and express changes in the geometry of social power by strengthening the power and the control of some while disempowering others“ (Swyngedouw 1997: 141 f.). Prozesse des „rescaling“ von sozialen Verhältnissen verändern aber nicht nur die Beziehungen und Gewichtungen zwischen den verschiedenen räumlichen Dimensionen politischer und wirtschaftlicher Organisation und die „Macht-Geometrie“ (Massey 1993: 61) zwischen den auf diesen Ebenen handelnden Akteuren sowie „the perspective of actors, the way in which alternative options are envisaged and, consequently, the way in which actors use their powers“ (Uitermark 2002: 750). Sie sind als räumliche Lösung widersprüchlicher sozialer Kräfte (Smith 1995: 61) auch ein wesentliches Element von Regulationsprozessen. Smith (1995) folgend wird in diesem Zusammenhang (allerdings nicht unwidersprochen, vgl. z. B. Herold 2001: 126) davon gesprochen, dass soziale Akteure ihre Operationen durch „scale jumping“ von einem Maßstab auf einen anderen, vom kleineren zum größeren und umgekehrt „verschieben“: „On the one hand, domineering organizations attempt to control the dominated by confining the latter and their organizations to a manageable scale. On the other hand, subordinated groups attempt

to liberate themselves from these imposed scale constraints by harnessing power and instrumentalities at other scales. In the process, scale is actively produced“ (Jonas 1994: 258).

In eine ähnliche Richtung zielt die von Cox (1998) vorgeschlagene Unterscheidung zwischen „spaces of dependence“ und „spaces of engagement“. Erstere werden durch die mehr oder weniger lokalisierten sozialen Verhältnisse und Institutionen gebildet, die ortsspezifische Bedingungen der materiellen Existenz und Identität definieren, die Einwohner, Arbeitnehmer, Unternehmen oder auch staatliche Akteure für die Verfolgung ihrer wesentlichen Interessen benötigen (Cox 1977, 1998; vgl. auch Cox' und Mairs (1991) Konzept der „local dependence“). Diese lokalen/regionalen Verhältnisse sind jedoch eingebettet in ein weiter reichendes Gefüge von Beziehungen, von denen sie ständig unterminiert oder aufgelöst zu werden drohen. Um ihre Existenzbedingungen und ihre Identitäten in ihren „spaces of dependence“ zu sichern, müssen deshalb lokal/regional verankerte gesellschaftliche und staatliche Akteure, Allianzen, Regimes oder territoriale Blöcke oft „networks with centers of social power (knüpfen) that lie beyond their space of dependence“ (Cox 1998: 17). Dadurch konstruieren sie eine andere Form von Raum, die Cox (ebd.: 2) als „space of engagement“ bezeichnet: „the space in which the politics of securing a space of dependence unfolds“.

3 Geographien von Staatlichkeit

3.1 Prozesshaftigkeit, polymorphe geographische Form und multi-skalare Struktur staatlicher Räumlichkeit

Der methodische Nationalismus des sozialwissenschaftlichen mainstreams, der, in der „territorialen Falle“ steckend, den staatlichen Raum als zeitlos und statisch, klar abgegrenzten geographischen Behälter der modernen Gesellschaft, staatliche Territorialität als unveränderlichen, fixen Aspekt moderner Staatlichkeit sowie den nationalen räumlichen Maßstab, ontologisch, als die logisch wichtigste Ebene politischer Macht im modernen Staatensystem auffasst (Taylor 1994; Agnew 1994), wird zunehmend hinterfragt. Dazu beigetragen hat nicht zuletzt auch die Erkenntnis, dass die globalen politisch-ökonomischen Transformationen der letzten Jahrzehnte offensichtlich die als Folge des westfälischen Friedens entstandene geopolitische Ordnung durch die De-Zentrierung der nationalen Ebene staatlicher Regulation und die Unterminierung der internen Kohärenz von nationalen Volkswirtschaften und nationalen Gesellschaften rekonfiguriert haben. Aus Sicht der Kritiker ist staatliche Räumlichkeit eine gesellschaftlich produzierte, konflikthafte und sich dynamisch ändernde Matrix sozioräumlicher Interaktion und kein statisches Ding oder vorgegebener territorialer Container, „gefüllt“ mit sozialen Interaktionen (vgl. hierfür und zum Folgenden Brenner 2004a: 73–82). Territorialität wird nicht mehr länger als gegebene, in sich geschlossene Plattform für politische Beziehungen betrachtet, sondern als historisch spezifische Strategie räumlicher Einhegung und als sich entwickelnde, multi-skalare institutionelle Konfiguration. Werden die Geographien von Staatlichkeit als polymorph und sich kontinuierlich entwickelnd aufgefasst, ist Territorialität nur noch eine von vielen geographischen Dimensionen staatlicher Räumlichkeit. Anstatt die skalare Organisation staatlicher Macht als dauerhaft fixierte Hintergrundstruktur aufzufassen und die nationale Ebene staatlicher Macht zu fetischisieren, werden schließlich zunehmend Prozesse der

räumlichen Redimensionierung analysiert, mit denen neue multi-skalare Hierarchien institutioneller Organisationen des Staates, politischer Autorität und regulatorischer Konflikte erzeugt werden.

Die vielschichtige geographische Architektur moderner staatlicher Räumlichkeit ist Voraussetzung, Arena und Ergebnis kontinuierlich entwickelter politischer Strategien. Staatliche Räumlichkeit wird durch regulatorische Strategien und sich an unterschiedlichen Orten und über eine Reihe geographischer Maßstäbe artikulierenden gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen aktiv produziert und transformiert (Brenner 2004a: 76). Für die Analyse dieser polymorphen politischen Geographien ist es hilfreich, mit Brenner (2004a: 78 ff.) den zentralisierten, selbstständigen und intern differenzierten institutionellen Staatsapparat („state space in the narrow sense“) von den sich ändernden Geographien staatlicher Intervention in die sozioökonomischen Prozesse innerhalb gegebener territorialer Zuständigkeiten („state space in the integral sense“) zu unterscheiden.

„State space in the narrow sense“ hebt auf das Ergebnis der internen territorialen Differenzierung moderner Nationalstaaten, also die Herausbildung intergouvernementaler Hierarchien und orts- und regionsspezifischer institutioneller Formen, mit denen besondere Raumtypen wie städtische Gebiete, metropolitane Regionen, ländliche Räume oder Grensräume in unterschiedliche administrative Arrangements eingepasst werden. Solche skalaren Arrangements der Regulation liefern für eine bestimmte Zeit ein relativ stabiles Gerüst für staatliche Aktivitäten. Institutionelle Strukturen, Grenzen oder die Funktionen subnationaler administrativer Einheiten können aber auch im Rahmen gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen reorganisiert werden (Brenner 2004a: 78).

„State space in the integral sense“ verweist darauf, dass jede historische Formation staatlicher Räumlichkeit mit Politiken einhergeht, die auf spezifische Zuständigkeiten, Orte und räumliche Maßstäbe als Brennpunkte staatlicher Regulation, öffentlicher Investitionen oder finanzieller Unterstützung zielen (Brenner 2004 a: 78). Aktuell werden z. B. metropolitane Räume zum Ziel einer Reihe sozioökonomischer, industrieller und infrastruktureller Politiken, mit denen nationale Wettbewerbsvorteile gesichert oder geschaffen werden sollen. Außerdem haben auch offensichtlich a-räumliche Politiken indirekte sozioräumliche und räumlich ungleich verteilte Wirkungen (Brenner 2004: 79).

Die reziproke Interaktion der engeren und integralen Aspekte des staatlichen Raums – Territorialität, territoriale Aufteilung, räumlich gezielte und indirekte räumliche Effekte – produziert historisch spezifische, „geschichtete“, multi-skalare Formationen staatlicher Räumlichkeit (Brenner 2004: 79). Jede „scale“ staatlicher Macht weist (im engeren Sinn) bestimmte interne Organisationsformen, institutionelle Strukturen und geographische Grenzen auf und spielt (im integralen Sinn) eine bestimmte Rolle als Arena für verschiedene Formen staatlicher Intervention in das sozioökonomische Leben (Brenner 2004a: 82).

3.2 Der staatliche Raum: Arena, Medium und Ergebnis räumlich selektiver politischer Strategien

Unter Rückgriff auf innerhalb des RA entwickelte staatstheoretische Ansätze (vgl. Théret 1990, 1991, 1994 und die neo-gramscianischen Überlegungen von Hirsch 1992, 1994; Jessop 1990b, 1992; Hay 1996) und speziell durch eine Verräumlichung der strategisch-relationalen Staatstheorie Jessops können sowohl die generelle räumliche Form des kapitalistischen Staates als auch die historisch spezifischen räumlichen Arrangements von Staatlichkeit als Arenen und Ergebnisse räumlich selektiver politischer Strategien analysiert werden.

Ausgehend von der die arbeitsteilige und sozial vielfach gespaltene bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft charakterisierenden relativ verselbständigten und in einer besonderen Sphäre, der Staatsform, institutionalisierten sozialen Herrschaft und der materiell-diskursiven Trennung des Staatsapparates vom Rest des politischen Systems (Mitchell 1991: 95), begreift Jessop in der Nachfolge Poulantzas (1978; Jessop und Poulantzas 2001) den Staat als eine „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen“, die vom Widerspruch gekennzeichnet ist, sowohl Terrain, auf dem soziale Akteure um die Verallgemeinerung ihrer Interessen kämpfen, als auch Akteur der Gestaltung sozialer Prozesse zu sein. Diese Funktion der Verdichtung und relativen Stabilisierung widersprüchlicher gesellschaftlicher Verhältnisse konstituierte bislang den Raum des Nationalstaats – und die Frage ist, wie sich dies gegenwärtig verändert (vgl. Winter 2003). Der Vorteil einer regulationstheoretischen Herangehensweise besteht hierbei darin, dass die konkrete Funktion des Nationalstaates selbst als Teil einer historischen Entwicklung der Veränderung und Reproduktion gesellschaftlicher Strukturprinzipien thematisiert wird.

Der Staat wird also von Jessop *relational* – als eine Reihe sozialer Beziehungen – verstanden. Der Staat als solcher hat deshalb auch keine Macht, sondern ist nur ein Ensemble institutioneller Fähigkeiten und rechtlicher Verpflichtungen zur Mediatisierung dieser Macht: „The power of the state is the power of the forces acting in and through the state. These forces include state managers as well as class forces, gender groups as well as regional interests, and so forth“ (Jessop 1990: 269 f.). Neben seiner Relationalität betont Jessops Ansatz auch die *strategischen* Qualitäten des Staates als Ort, Generator und Produkt besonderer Strategien. Der Staat und die durch ihn verfolgten Politiken und Aktivitäten „constitute a terrain upon which different political forces attempt to impact a specific direction to the individual or collective activities of its different branches“ (Jessop 1990: 268; vgl. auch Brenner 2004a: 87). Die ihm eigene institutionelle Materialität ermöglicht dem Staat zugleich eine relativ eigenständige Operationsweise, die wiederum der Grund dafür ist, dass die gesellschaftlichen Widersprüche in ihm als politische Konflikte erscheinen.

Einerseits kann die Etablierung einer von der Produktions- und Zirkulationssphäre des Kapitals getrennten politischen Sphäre aus der Sicht des Kapitals insoweit funktional sein, als der Staat viele der für eine erfolgreiche Kapitalakkumulation erforderlichen ökonomischen und extra-ökonomischen Voraussetzungen bereitstellt. Auf der anderen Seite ist der Staat infolge der institutionellen Verselbständigung nicht nur funktionsbestimmt, sondern ebenso formabhängig (Jessop 1990b: 148). Politische Form und gesellschaftliche Funktion geraten immer wieder miteinander in Konflikt, dergestalt, dass die staatlichen Funktionen,

d.h. der soziale Gehalt und die gesellschaftliche Operationsweise politischer Institutionen, durch die Staatsformen (die Formen der Repräsentation, der Intervention und internen Organisation) problematisiert und politisiert werden. Die immer nur relative Einheit des Staates als institutionelles Ensemble muss innerhalb des staatlichen Systems selbst durch spezifische operationelle Prozeduren, Koordinationsmaßnahmen und Zielvorstellungen hergestellt werden. Die funktionale Einheit und organisatorische Kohärenz des Staates ist nichts Vorgegebenes, sondern das sich herausbildende, kontingente, umstrittene und potenziell instabile Ergebnis andauernder gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen zwischen oppositionellen gesellschaftlichen Kräften (Jessop 1990b: 346). Staatliche Strategien zur Mobilisierung relativ kohärenter Akkumulationsstrategien (wie Fordismus, „Modell Deutschland“, Thatcherismus ...) und hegemonialer Projekte, „which mobilise support behind a ‚national-popular‘ programme that asserts a general interest in an effort to transcend conflicts between particular interests“ (Jessop 1990b: 208), setzen „staatliche Projekte“ voraus, die versuchen, die staatlichen Aktivitäten um ein Set gemeinsamer, kohärent artikulierter Agenden zu integrieren, um ein gewisses Maß an funktionaler Einheit, operationeller Koordination und organisatorischer Integration herzustellen (Jessop 1990b: 6–9). Erfolgreich mobilisierte staatliche Strategien können zur gleichen Zeit das politische und institutionelle Terrain, worin Staatsprojekte artikuliert werden, modifizieren.

Wie schon vor ihm Offe (1972), begreift Jessop den Staat nicht als ein für alle sozialen Kräfte gleichermaßen zugängliches neutrales Instrument, sondern als ein institutionelles Ensemble, das das Kräftegleichgewicht in der politischen Auseinandersetzung widerspiegelt und modifiziert und dabei die kapitalistischen Verwertungsinteressen strukturell über bessere Kommunikations- und Informationskanäle im Prozess der politischen Entscheidungsfindung privilegiert, weil seine eigene gesellschaftliche und materielle Basis davon abhängt. Da die Momente der „strukturellen Selektivität“ aber nicht einfach gegeben sind, sondern fortwährend aktiv reproduziert und verändert werden, und um die institutionelle Dynamik und den relationalen Charakter der staatlichen Operationsweise zu betonen, scheint es Jessop allerdings angemessener, statt von struktureller von „strategischer Selektivität“ des Staates zu sprechen (Jessop, Nielsen und Pedersen 1993: 241). Der relationale Charakter dieser strategischen Selektivität des Staates zeigt sich darin, dass der Staat zugleich Schauplatz, Generator und Produkt von Strategien ist und die Tendenz zur Privilegierung bestimmter gesellschaftlicher Kräfte Ergebnis der Beziehung zwischen überkommenen, aus früheren politischen Strategien resultierenden staatlichen Strukturen und neuer politischer Strategien ist, die die staatlichen Einrichtungen für besondere sozioökonomische Projekte nutzen wollen (Jessop 1990b: 260 f.).

Zugleich ist der Staat aber auch räumlich selektiv, indem er tendenziell durch besondere Akkumulationsstrategien und hegemoniale Projekte bestimmte Orte gegenüber anderen privilegiert (vgl. Jones 1997, 1998). Dieser Prozess der geographischen Privilegierung „takes on material and ideological forms, within which high degrees of experimentation exist, the exact form being contingent on interest groups and the mobilisation of representational forces that ideologically support such experimentation“ (Jones 1997: 855). Dabei kann „Raum“ explizites Objekt selektiver Strategien sein, wenn beispielsweise London und Südostengland als eine räumlich ausgewählte „strategically significant region“ innerhalb des UK-nationalen Wachstumsprojekts interpretiert wird (Peck, Tickell 1992, 1995) oder

Metropolregionen die Motoren des Wachstums der deutschen Volkswirtschaft sein sollen. Zu beachten sind aber auch die nicht intendierten räumlichen Nebeneffekte politischer Strategien. In Anbetracht der komplexen Selektivitätsmuster, die jeder spezifischen Strategie (nicht nur räumlich, sondern auch zeitlich oder mit Blick auf Klassenstrukturen oder gender) eingeschrieben sind, muss jede nähere Analyse von den Spezifika und Zufälligkeiten konkreter Orte ausgehen (Jones 1997; ähnlich Moulaert 1996).

Wie Brenner (2003, 2004a) gezeigt hat, lässt sich Jessops strategisch-relationale Konzeptualisierung des kapitalistischen Staates als theoretische Grundlage für eine ver-räumlichte und scale-sensitive Konzeptualisierung von Staatlichkeit weiterentwickeln. Staatliche Räumlichkeit „is never permanently fixed but, like all other aspects of the state form, represents an emergent, strategically selective, and politically contested process“ (Brenner 2004: 89). Wie die institutionellen Arrangements des Staates sei deshalb auch die Räumlichkeit staatlicher Macht Schauplatz, Generator und Produkt politischer Strategien (Brenner 2004a: 90).

Analog zu Jessops Theoretisierung von Staatsform, staatlichen Projekten und Strategien unterscheidet Brenner (2003a: 203 ff., 1994a: 91 ff.) die räumliche Form, räumliche Projekte und Strategien als fundamentale Dimensionen staatlicher Räumlichkeit im Kapitalismus. Während „Territorialität“ nach wie vor die räumliche Form des Staates charakterisiere und das geographische Terrain staatlicher Aktionen repräsentiere, könne ihre Kohärenz als Rahmen politischer Regulation nur durch spezifische staatliche Projekte gesichert werden, die staatliche Aktivitäten auf unterschiedliche territoriale Administrationen verteilen und zwischen unterschiedlichen Orten und scales koordinieren. Staatliche Projekte sind somit „initiatives to differentiate state territoriality into a partitioned, functionally coordinated and organizationally coherent regulatory geography“ (Brenner 2004: 92).

Mit der Mobilisierung räumlicher Strategien versuchen staatliche Institutionen die Geographien kapitalistischer Akkumulation und der damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen zu gestalten und eine „strukturierte Kohärenz“ (Harvey 1989) für das kapitalistische Wachstum in nationalen, regionalen und lokalen Ökonomien herzustellen (Brenner 2004a: 93). Wie Brenner im Weiteren ausführt, artikulieren sich räumliche Strategien in einer Reihe spezifischer Politiken wie der Regionalpolitik, Raumplanung oder Infrastrukturpolitik, sind aber auch enthalten in der territorialen Differenzierung politischer Regime innerhalb der staatlichen Grenzen und in den unterschiedlichen orts-, territorial- und scale-spezifischen Wirkungen dieser Politiken. Gesellschaftliche Kräfte können versuchen, Strategien zu mobilisieren, die bestimmte Räume gegenüber anderen privilegieren. Weil staatliche Politiken immer explizit oder indirekt als Nebeneffekt unterschiedlich, kontextspezifisch, auf unterschiedliche räumliche Maßstäbe und Orte wirken, gibt es „an inherent tendency to geographical variation among state activities“ (Brenner 2004a: 93).

In der Zusammenfassung Brenners (2004a: 93 f.) sind die Geographien von Staatlichkeit Ausdruck der dialektischen Wechselwirkung zwischen überkommenen territorialen Aufteilungen und räumlichen Maßstäben des politischen Raums und neuen räumlichen Projekten und Strategien, die diesen umgestalten wollen. Staatliche Räumlichkeit ist ein umstrittenes, multi-skalares politisch-institutionelles Terrain, auf dem die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte die Geographien der staatlichen territorialen Organisation und

die staatliche Regulation zu beeinflussen suchen. Die Mobilisierung räumlicher Staatsprojekte zielt dabei auf die territoriale und skalare Konfiguration des Staates selbst („state space in the narrow sense“), während die Mobilisierung räumlicher Strategien des Staates die Geographien staatlicher Intervention in das sozioökonomische Leben („state space in the integral sense“) beeinflussen will. Räumliche Projekte und Strategien des Staates artikulieren sich „relationally, through a mutually transformative dialectic“ (Brenner 2004a: 101) in skalaren und territorialen Dimensionen und entfalten sich in enger Verbindung mit den ungleichen Geographien kapitalistischer Entwicklung, die sie mediatisieren und in signifikanter Weise modifizieren (vgl. Brenner 2004: 95–104).

Die aktive Beteiligung staatlicher Institutionen an den gegenwärtigen geoökonomischen Transformationen auf verschiedenen geographischen Maßstäben ist eng verbunden mit politischen, institutionellen und geographischen Anpassungen der staatlichen Macht selbst. Entsprechend werden im RA (mit Blick auf die historisch spezifische Gestalt des Staates) die Veränderungen des fordistisch-keynesianischen Wohlfahrtsstaates sowie die sich neu herausbildenden Strukturen eines nationalen „Wettbewerbsstaates“ (vgl. Hirsch 1990, 1995) bzw. eines „Schumpeter’schen Workfare-Regime“ in unterschiedlichen Varianten (vgl. Jessop 1991b, 1992b, 1993, 1994 oder 1997; Peck, Jones 1995; Peck 2001a) analysiert. Letzteres kombiniert vor allem zwei Zielsetzungen und Interventionsformen miteinander (Jessop 1993: 17 f.): Wirtschaftspolitisch geht es nicht mehr darum, Konjunktur und Beschäftigung über die Nachfrage zu stabilisieren, sondern Innovation und eine strukturelle Wettbewerbsfähigkeit zu fördern; sozialpolitisch tritt an die Stelle einer expansiven Verteilungspolitik eine produktivitäts- bzw. wettbewerbsorientierte Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und des Wohlfahrtsstaates. Institutionell drückt sich die staatliche Reorganisation in spezifischen Formen der politischen Repräsentation und Interessenvermittlung, in Verschiebungen im System des Staatsapparats einschließlich der Verteilung von Macht und Kompetenzen (hin zu denjenigen, die mit der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit befasst sind) sowie in veränderten Formen der staatlichen Intervention aus, die in erster Linie der neoliberalen Philosophie eines intensivierten marktgetriebenen Wettbewerbs folgen. Geographisch wird die national organisierte Formation staatlicher Räumlichkeit der fordistischen Entwicklungsweise systematisch „rescaled“ (Brenner 2004b).

Mit der hier skizzierten verräumlichten Version der strategisch-relationalen Staatstheorie Jessops können die unterschiedlichen institutionellen und geographischen Parameter, innerhalb derer diese räumliche Redimensionierung von Staatlichkeit vor sich geht, im konkreten Einzelfall untersucht werden. Neue territoriale und skalare Geographien staatlicher Macht entwickeln sich dabei pfadabhängig durch die umstrittene, kontinuierliche Interaktion der historisch überkommenen Konfiguration räumlicher Organisation mit neu entwickelten räumlichen Projekten und Strategien auf den verschiedenen scales (Brenner 2004a: 111). Sich weitgehend ähnelnde, auf eine administrative Differenzierung und Dezentralisierung zielende räumliche Projekte und auf die Differenzierung sozioökonomischer Aktivitäten innerhalb des jeweiligen nationalen Territoriums und auf das Management der skalaren Vielfalt zielende räumliche Strategien der Staaten haben in den letzten Jahrzehnten zu charakteristischen institutionellen und geographischen Homologien zwischen Nationalstaaten geführt, die sich ansonsten historisch, politisch und kulturell deutlich unterscheiden (Brenner 2004a: 105 ff.).

4 Transformationen staatlicher Räumlichkeit im aktuellen Globalisierungsprozess

4.1 Globalisierung als De- und Re-Territorialisierung

Wie Harvey (1982, 1985, 2001, 2005) dargelegt hat, führt die innerhalb des kapitalistischen Produktionsverhältnisses über einen längeren Zeitraum nicht zu vermeidende Tendenz zur Überakkumulation und Entwertung von Produktiv- und Finanzkapital zu raum-zeitlichen Strategien der temporären Krisenvermeidung, mit denen einerseits eine fortwährende räumliche Ausdehnung des Kapitalverhältnisses erreicht und räumliche Grenzen für Kapital überwunden werden sollen und andererseits die Zirkulation beschleunigt und die Umschlaggeschwindigkeit des Kapitals erhöht werden sollen. Grundvoraussetzung für eine beschleunigte Raumüberwindung und Zirkulation wie die Eröffnung neuer externer Märkte, die Verlagerung der Produktion oder die Erschließung neuer sozialer oder produktiver Ressourcen ist eine entsprechende räumliche Ordnung, die den Waren-, Kapital- und Arbeitskräfteverkehr im Raum erst ermöglicht.

Der dem Kapitalverhältnis eigene Drang nach kontinuierlicher zeitlicher Beschleunigung des Kapitalumschlags und zur Überwindung historisch spezifischer territorialer Grenzen der Akkumulation setzt sozio-räumliche Konfigurationen wie die baulichen Strukturen der Städte, industrielle Agglomerationen, regionale Produktionskomplexe, Transport- und Kommunikationsnetze sowie die Wirksamkeit von ebenfalls raumstrukturierenden institutionellen Regeln, Normen und Gesetzen voraus. Die mit der raum-zeitlichen Dynamik des Kapitals verbundene De-Territorialisierung beruht also auf Prozessen der Re-Territorialisierung, die räumlich fixierte Ordnungen als relativ stabile Basis herstellen für die expandierende und sich beschleunigende Kapitalakkumulation. Harvey (2005) hebt als entscheidende Orte dafür vor allem die Städte als Zentren der Zirkulationsbewegungen heraus; Brenner (1998a) betont für die postfordistische Ära die Rolle der Global Cities als Kontrollzentren weltweiter konzerninterner wie übergreifender Produktionsnetze und Orte der Organisation der internationalen Finanzmärkte.

Harvey (1982: 414 ff., 2001; vgl. auch Jessop 2004) hat für die Gesamtheit der räumlichen und zeitlichen Kapitalbewegungen und -fixierungen den Begriff des „spatial fix“ (oder in späteren Publikationen auch den des „spatio-temporal-fix“) in die Diskussion eingeführt mit der Doppelbedeutung – abgeleitet aus dem englischen „to fix“ – als räumliche Restrukturierung, die Krisenprozesse „repariert“ und zur Stabilisierung kapitalistischer Akkumulation führt, und als physische Fixierung im Sinne einer Immobilität sozioräumlicher Konfigurationen und regulatorischer Institutionen als Basis beschleunigter und ausgeweiteter Kapitalakkumulation. Da ein „spatio-temporal-fix“ aus den Bedürfnissen der Vergangenheit entstanden ist, aber den Anforderungen aktueller Akkumulationsstrategien genügen soll, gerät er permanent in Widerspruch dazu. Harvey (2001: 25) sieht darin einen der zentralen Widersprüche des Kapitals „that it has to build a fixed space ... necessary for its own functioning at a certain point in its history only to have to destroy that space (and devalue much of the capital investment) at a later point in order to make way for a new ‚spatial fix‘ (openings for fresh accumulation in new spaces and territories) at a later point in its history“.

Lefebvre (1979, 1974/1991) hat präzisierend darauf hingewiesen, dass jeder „spatio-temporal-fix“ durch die Koordination von sozialen Bindungen, institutionellen Arrangements und territorialen Konfigurationen auf mehreren einander überlagernden räumlichen Maßstäben konstituiert wird. In dieser multi-skalaren Version der Harveyschen Überlegungen ordnen sich lokale „Fixierungen“ demnach in einen breiteren „scalar fix“ ein, der die städtische Ebene einschließt und zugleich überschreitet. „Scalar fixes“ bestehen aus jeweils historisch spezifischen, sozial produzierten relativ stabilisierten geographischen Hierarchien (Brenner 2001: 606 f.), sind fixierte geographische Strukturen, die unterschiedlichste Aktivitäten in bestimmter Weise strukturieren (Smith 1995: 62) und ein geographisches Gerüst bilden, innerhalb dessen jede historische Runde der Kapitalakkumulation territorialisiert, ent- bzw. re-territorialisiert wird. Jeder „spatial/scalar fix“ ist nur ein instabiles „dynamisches Gleichgewicht“ (Harvey 1985: 136) im Prozess der sich ständig verändernden historischen Geographie des Kapitalismus.

Seit den 1970er-Jahren bilden sich, ausgelöst durch die Krise des fordistisch-keynesianischen Entwicklungsmodells in einem gesellschaftlichen „Suchprozess“ neue, als Globalisierung oder Postfordismus zusammengefasste Regulationsweisen und Akkumulationsregime heraus, die auf veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, wie vor allem der Schwächung der Gewerkschaften und der Stärkung des transnationalen Kapitals und seiner Verbände und der Verinnerlichung weltmarktvermittelter Anforderungen und damit verbundener Interessen und Kräfteverhältnisse in die spezifischen lokalen und nationalen Konstellationen (z. B. als neuer Imperativ der Wettbewerbsfähigkeit), beruhen. Dabei verändern sich nicht nur gesellschaftliche, Produktions-, Reproduktions- und Konsumnormen, die derzeitige Stufe der Globalisierung muss zudem auch als Prozess der Reorganisation räumlicher Verhältnisse verstanden werden.

Wie vergangene Phasen kriseninduzierter sozioräumlicher Restrukturierung, entfaltet sich auch die durch die Krise des fordistisch-keynesianischen Entwicklungsmodells in den 1970er-Jahren ausgelöste aktuelle Runde der Restrukturierung auf globaler Ebene als facettenreiche und multiskalare dialektische Wechselwirkung zwischen der raum-zeitlichen Dynamik des Kapitals (den Tendenzen der Ent-Territorialisierung) und der dafür erforderlichen Produktion oder Transformierung von relativ dauerhaften und fixen räumlichen Konfigurationen (den Tendenzen der Re-Territorialisierung) sowie der systematischen Überarbeitung überkommener ungleicher geographischer Entwicklungen (Brenner 2004a: 64). Interpretationen, die in der Reorganisation kapitalistischer Räumlichkeit und der Machtverhältnisse über unterschiedliche räumliche Maßstäbe und institutionelle Orte durch das ganze Weltsystem (Brenner 1997a; Wai-Chung Yeung 2002; Dicken 2003, 2004) vor allem einen Prozess der Ent-Territorialisierung, der Ablösung sozialer Bindungen von ihren lokal-territorialen Wurzeln sehen, übersehen nicht nur die funktionale, institutionelle und geographische Neudefinition überkommener sozioräumlicher Konfigurationen, die diese Prozesse der Ent-Territorialisierung erst ermöglichen. Sie übersehen vor allem auch, dass unter den neu konfigurierten und räumlich redimensionierten Formen sub-globaler territorialer Organisation gerade Städte und Staaten keine passiven und hilflosen Opfer, sondern wesentliche geographische Arenen und Agenten der aktuellen globalen Restrukturierungsprozesse sind.

Strukturell meint Globalisierung die Vielzahl verschiedener, sich gegenseitig beeinflussender Aktivitäten, die globale Reichweiten annehmen. Globale Interdependenzen resultieren typischerweise aus Prozessen auf verschiedenen räumlichen Maßstäben, sie entwickeln sich in den verschiedenen funktionalen Subsystemen in unterschiedlicher Weise, beinhalten komplex verflochtene Hierarchien und entfalten eine Mannigfaltigkeit ineinandergreifender oder sich wechselseitig durchdringender räumlicher Maßstäbe sozialer Organisation. Als eine sich erst herausbildende Eigenschaft dieser Prozesse, die wiederum deren Entwicklung beeinflusst, ist Globalisierung jedoch nicht nur ein strukturelles, sondern auch ein strukturierendes Phänomen (Jessop 1999a: 21). Strategisch bezieht sich Globalisierung schließlich auf Versuche unterschiedlicher privater und staatlicher Akteure, die globale Koordination von Aktivitäten kontinuierlich innerhalb verschiedener institutioneller Ordnungen oder funktionaler Systeme z. B. in interpersonellen Netzwerken, strategischen transnationalen Allianzen oder internationalen Regimes voranzutreiben (Jessop 1999a: 22; detailliert hierzu: Hay und Rosamond 2002).

Prozesse wie die weltweiten Standortstrategien transnationaler Unternehmen, die Internationalisierung ökonomischer Räume, die Bildung regionaler ökonomischer Blöcke oder die Ausweitung internationaler Regime fördern zwar (in konfliktträchtiger Weise) die strukturelle Integration oder strategische Koordination der Ökonomie auf globaler Ebene, aber ihre zerstreute, fragmentierte, hoch vermittelte und partielle Dynamik zeigt auch, dass sie nicht zu einer homogenisierten Weltökonomie führen, sondern auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen zur Neuordnung ortsbezogener Differenzen und Komplementaritäten als Basis für dynamische Wettbewerbsvorteile beitragen und im Rahmen des Verwertungsprozesses überflüssig gewordene Räume ausschließen oder marginalisieren. Globalisierung kann deshalb mit Jessop (1999: 23) interpretiert werden „as the most inclusive *structural context* in which processes on other economic scales can be identified and interrelated and/or as the broadest *horizon of action* to which accumulation strategies and economic projects can be directed“.

Die aktuellen Globalisierungsprozesse haben die skalare Organisation der kapitalistischen Territorialisierung radikal verändert, indem sie die seit dem 19. Jahrhundert bestehende Vorherrschaft der nationalen Maßstabebene relativiert und gleichzeitig die Rolle sub- und supranationaler scales gestärkt haben. Collinge (1999) hat diese viele Facetten aufweisenden Verschiebungen als „Relativierung räumlicher Maßstäbe“ charakterisiert. Gegenwärtig gibt es „no new privileged scale around which other levels are now being organised to ensure structured coherence within and across scales. Instead we find growing unstructured complexity as different scales of economic organisation are consolidated structurally and/or approached strategically as so many competing objects of economic management, regularization or governance“ (Jessop 1999: 25). Entsprechend sehen Peck und Tickell (1994) tendenziell eher eine „global-local disorder“ (Peck und Tickell 1994) als die Re-Regulierung der Kapitalakkumulation in und zwischen den verschiedenen Ebenen. Für Swyngedouw (1992a, 2004) sind diese rescaling-Prozesse Ausdruck der konflikthaften Dynamik einer „Glokalisierung“, in welcher die globale sozialräumliche Integration einhergeht mit Prozessen der Triadisierung (in regionale Wirtschaftsblöcke), der Regionalisierung und der Lokalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Im Ergebnis entfaltet sich vor allem die nationale Territorialität nunmehr „als ein polymorphes, multiskalares institutionelles Mosaik

vielfältiger, sich teilweise überlappender Formen und regulatorischer Konfigurationen“ und in dieser Neukonfiguration nationaler Territorialität kann mit Brenner deshalb auch zu Recht die *differentia specifica* der aktuellen Runde globaler sozioräumlicher Restrukturierung gesehen werden, wenn er auch zugleich hinzufügt, dass Nationalstaaten wichtig bleiben als politische und institutionelle Matrizen und Mediatoren der Territorialisierung sozialer, politischer und ökonomischer Verhältnisse (Brenner 2004a: 46 f.).

4.2 Rescaling von Städten und Staaten

Zu untersuchen ist also, wie Städte – sowohl als Orte/Knoten der Produktion und vielfältiger und unterschiedlich weit reichender Netzwerke als auch als Koordinaten der territorialen Macht des Staates – und Staaten in die neuen „glokalen“ Geographien und Akkumulationsstrategien des Kapitals eingeordnet werden und eine veränderte räumliche Gewichtung erfahren.

Während der fordistisch-keynesianischen Periode kapitalistischer Entwicklung fielen die genannten Dimensionen der Urbanisierung räumlich mit den Grenzen des nationalen Territorialstaats zusammen. Städte waren im System des „räumlichen Keynesianismus“ (Brenner 2004a: 114 ff.) die Motoren der fordistischen Massenproduktion und stellten die urbane Infrastruktur für ein in nationalisierte territoriale Matrizen aufgeteiltes System der Weltwirtschaft bereit. Als Koordinaten staatlicher territorialer Macht fungierten lokale (und regionale) Institutionen der Regulation in erster Linie als Transmissionsriemen zentralstaatlicher sozioökonomischer Politiken. Regionale Umverteilungspolitik zielte auf die Industrialisierung der internen Peripherien des jeweiligen Staates ab. Als Folge der Krise des fordistisch-keynesianischen Entwicklungsmodells wurden, wie zu zeigen ist, diese nationalisierten Geographien der Urbanisierung und staatlichen Regulation tiefgehend rekonfiguriert. Dennoch bleibt festzuhalten, dass Städte und Nationalstaaten weiterhin ihre Rolle als fundamentale Formen der Territorialisierung von Kapital spielen, auch wenn diese nicht mehr länger vor allem mit national konfigurierten Mustern der Urbanisierung und national zentralisierten Strategien ökonomischer governance verknüpft ist.

Brenner (2004a: 178 ff.) folgend, zeigt sich die räumliche Redimensionierung des Städtischen im sich globalisierenden polit-ökonomischen Raum – bezogen auf die Stadt als Ort und Knoten kapitalistischer Akkumulation – vor allem in den Prozessen der Metropolisierung räumlich immer ausgedehnterer polyzentrischer urbaner Regionen, dem Entstehen transnationaler urbaner Hierarchien, in neuen inter-metropolitanen Polarisierungen und Zonen der Marginalisierung bzw. an den aus diesen eng miteinander verbundenen Tendenzen resultierenden neuen Mustern ungleicher geographischer Entwicklung.

Die seit den 1970er-Jahren zu beobachtenden Prozesse der industriellen Restrukturierung und Globalisierung haben auch im europäischen Wirtschaftsraum – verstärkt noch durch die mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes ausgelösten zentripetalen Kräfte (Cheshire 1999) – zu einer „self-reinforcing polarization of high-level activities in well-resourced and well-connected nodes“ geführt (Dunford, Perrons 1994: 173; vgl. auch Amin, Tomaney 1995; Krätke 2006). Im Rahmen dieser Prozesse der „Metropolisierung“ (Veltz 1996) organisiert sich die globale Ökonomie zunehmend in Form von übergreifenden Netzwerken, die sich an bestimmten Knotenpunkten zu metropolitanen Räumen

überlagern und verdichten, wodurch spezifische Effekte, wie eine gute Erreichbarkeit oder die Begünstigung von Innovations- und Lernprozessen, generiert werden, die auf global operierende Unternehmen hohe Anziehungskräfte entfalten. Für diese Räume werden somit ihre weiteren Verflechtungen mit ihrer Hinterwelt wichtiger als ihre vertikalen Beziehungen mit ihrem Hinterland (Veltz 1997: 83).

Die gleichen Prozesse haben zu einer „Überformung“ der überkommenen nationalen städtischen Hierarchien und nationalisierten räumlichen Arbeitsteilung des fordistischen Entwicklungsmodells und zur Herausbildung transnationaler interregionaler Hierarchien miteinander konkurrierender, aber auch komplementär voneinander abhängiger, sich mehr oder weniger globalisierender Städte geführt (Friedmann 1995; Sassen 1991, 1993; Marcuse, van Kempen 2001). Die neuen Knoten der Weltwirtschaft sind nicht nur Zentren der Koordination und Kontrolle transnationaler Unternehmensaktivitäten, sondern vor allem auch Orte der Produktion von Finanz- und hoch spezialisierten, wissensintensiven Dienstleistungen, ohne die die Netze transnational integrierter Produktion nicht funktionsfähig wären (Varsanyi 2000: 35 f.; vgl. auch Prigge 1995). Während lange Zeit die weltumspannende Hierarchie der Städte weitgehend der geopolitischen Hierarchie der Nationalstaaten entsprach, koppelt sich außerdem die geoökonomische Macht der in transnationale Kapital-, Güter-, Kommunikations- und Arbeitskraftströme einbezogenen Städte zunehmend von der territorialen Matrix der zwischenstaatlichen Beziehungen ab (Taylor 1995: 2004). Weltstädte, global cities oder Metropolregionen sind „neo-Marshall'sche Knoten innerhalb eines globalen Netzwerkes“ (Amin, Thrift, 1991; vgl. auch Scott 1996) und können nicht länger als subnationale Bestandteile in geschlossenen, autozentrischen und national begründeten Regimen verstanden werden (Brenner 1997a).

Diese „ent-nationalisierten“, jenseits des nationalen Maßstabs re-territorialisierten urbanen Konfigurationen müssen vielmehr als ein Kontinuum „glokalisierter“ Interaktionen (Brenner) und gleichzeitig als „global-local nexus“ (Tickell und Peck) verstanden werden, innerhalb dessen und durch den sich die aktuelle Re-Territorialisierung des Kapitals vollzieht.

Mit den Versuchen, einzelne Räume in der neuen internationalen Arbeitsteilung strategisch zu positionieren, wurden schließlich auch national-spezifische Muster inter-urbaner Polarisierung reartikuliert oder verschärft. Durch die anhaltende Dezentralisierung von Routinefunktionen, Funktionen mit geringer Wertschöpfung oder back offices in semi-periphere oder periphere Räume Süd- oder neuerdings auch Ost- und Zentraleuropas, entstanden zudem neue Zonen der Marginalisierung (vgl. im einzelnen Brenner 2004a: 183 ff.).

Die sich insgesamt als Ergebnis der genannten Trends ergebende europäische Geographie ungleicher räumlicher Entwicklung (vgl. Dunford, Kafkalas 1992; Lever 1996; Moulaert 1996) lässt sich somit mit dem Bild des „Leopardenfells“ (Lipietz) räumlich nebeneinander existierender heterogener Räume oder als „Archipelago Europe“ (Petrella 2000) beschreiben. Zusammenfassend sieht Brenner (2004a: 190 f.) das neue räumliche Muster charakterisiert durch: die verstärkte Konzentration sozioökonomischer Kapazitäten, hoch qualifizierter Arbeit und hochwertiger Infrastrukturinvestitionen in großen metropolitanen Räumen (Metropolisierung); eine wachsende Differenzierung zwischen städtischen und

regionalen Ökonomien gemäß ihrer besonderen Spezialisierung innerhalb der globalen und europäischen räumlichen Arbeitsteilung; ein höheres Niveau an Verknüpfungen und Interdependenzen zwischen den am meisten dynamischen und global integrierten metropolitanen Kernen; und durch eine wachsende funktionale Desartikulation der großen urbanen Regionen von den sie umgebenden Peripheren und von anderen marginalisierten Räumen innerhalb des jeweiligen nationalen Territoriums.

Die räumliche Redimensionierung des Städtischen betrifft nun aber nicht nur die Stadt als Ort und Knoten der Akkumulation, sondern auch das Städtische als regulatorisch-institutionelle Ebene innerhalb der intergouvernementalen Hierarchie des Nationalstaats, also die Rolle der Städte als Koordinaten staatlicher territorialer Macht – und zwar in zweifacher Hinsicht. Einmal werden im Zuge der räumlichen Redimensionierung von Staatlichkeit national organisierte regulatorische Arrangements deprivilegiert und gleichzeitig staatliche Befugnisse an panregionale oder internationale Einrichtungen übertragen bzw. an neu strukturierte lokale und regionale Governance-Ebenen abgetreten (Jessop 1997b, 2001c; Brenner 1997a, b). Zum anderen sollen die re-skalierten staatlichen Institutionen neue Rollen bei der Produktion, Koordination und Pflege jeweils passender, ortsspezifischer Konfigurationen sozioökonomischer Organisation spielen, von denen internationale Wettbewerbsvorteile zunehmend abhängig gesehen werden (vgl. zum Möglichkeitsspektrum städtischer Akkumulationsstrategien und Standortpolitiken: Leborgnes und Lipietz 1991; Storper und Walker 1989).

Ein adäquater Umgang mit Stadt-Regionen kann diese nicht, wie in einem Großteil stadt-regionaler Theoretisierung, einfach als kohärente politisch-ökonomische Einheiten voraussetzen, die als Produkt der Globalisierung, von der angenommen wird, dass sie den Nationalstaat schwächt und nationale skalare Hierarchien staatlicher Macht auflöst und dabei die Stadt-Region als den privilegierten territorialen Maßstab für die Neuschaffung von Governance-Fähigkeiten entstehen lässt, als „Akteure“ primär wettbewerbsfähige Austauschbeziehungen stärken sollen (vgl. hierzu kritisch: MacLeod 2001; Smith 2001; Brenner 2002; Jonas und Ward 2002; Jones und MacLeod 2004; McCann 2002; Ward und Jonas 2004; McGuirk 2004). Metropolitane Regionen sind als Governance-Ebenen Ergebnis eines politischen Prozesses, d. h. staatlich orchestrierter praktischer Handlungen diskursiver Produktion und der aktiven Mobilisierung einer Reihe von Akteuren, die strategische räumliche Interessen im Rahmen spezifischer materieller und politisch-institutioneller Settings verfolgen. Insofern dabei in der Stadt-Region vor allem die ideale geographische Maßstabsebene gesehen wird, auf der und durch die die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und gewährleistet werden kann, wird leicht übersehen, dass Stadt-Regionen auch Territorien sind, in denen sich die gesellschaftliche Reproduktion – ein eng mit dem Begriff der Lebensqualität verbundener Prozess – abspielt (vgl. dazu MacLeod 2001; Purcell 2002; Gough 2002; Ward und Jones 2004). Oder Lebensqualität kommt – unter Absehung ihrer Verknüpfung mit einem viel weiteren Bereich von Sachverhalten der gesellschaftlichen Reproduktion – primär als Element ökonomischen Wettbewerbs in den Fokus, wie das z. B. in Richard Floridas Werk über die „kreative Klasse“ (2002) und dem darin unternommenen Versuch, den Wettbewerbs- mit dem Lebensqualitätsdiskurs zu verschmelzen, beobachtet werden kann (McCann 2007).

Mit den verschiedenen Veränderungen des Nationalstaats, die zu dessen „hollowing out“ bzw. zur Relativierung der Rolle staatlicher Macht auf nationaler Ebene geführt haben, hat sich insbesondere Jessop (1999a: 387–391, 1999b, 2001, 2002) beschäftigt. Im Vordergrund stehen dabei die tendenzielle De-Nationalisierung von Staatlichkeit, d. h. die territoriale Entgrenzung staatlicher Strukturen nach oben, nach unten und seitwärts sowie die Entstehung neuer Machtzentren auf unterschiedlichen Ebenen, die Ent-Staatlichung der Politik oder die Verschiebung von government zu governance und die Internationalisierung des Staates, d. h. die stärkere Einbindung der ehemals national definierten Politik in internationale bzw. globale Regulationskomplexe. Im Rahmen dieses Re-Territorialisierungsprozesses werden gleichzeitig staatliche Vollmachten an supranationale Institutionen wie auch an die lokale und regionale Ebene abgegeben, die besser geeignet und positioniert erscheinen, die urban-regionale Restrukturierung zu fördern und zu regulieren.

Jessop (1999b: 26, 2000: 353 f.) weist aber auch auf einige Gegentrends hin, mit denen in unterschiedlicher Weise auf die genannten Tendenzen reagiert wird. So seien die De-Nationalisierung der Staatlichkeit und die Neukonfiguration politischer Hierarchien mit einer vergrößerten Rolle der Nationalstaaten im interskalaren Management verbunden, d. h. mit Versuchen, die Verbindung der raum-zeitlichen Maßstäbe und die Machttransfers zwischen ihnen zu kontrollieren. Die Verschiebung von government zu governance ziehe zunehmend Versuche der Meta-Steuerung von governance nach sich, die versuchen, sich in den Prozess der Selbstorganisation von Partnerschaften, Netzwerken und Regimes einzumischen, Grundregeln der governance bereitzustellen, die Vereinbarkeit verschiedener Mechanismen und Regimes zu sichern, als Berufungsinstanz für Streitigkeiten zu agieren oder die Interessen individueller und kollektiver Akteure in verschiedenen strategischen Kontexten zu modifizieren (Jessop 2003b). Die Internationalisierung des Staates schließlich sei hegemoniepolitisch begleitet von einer Internalisierung internationaler Beschränkungen und Anforderungen in die Paradigmen und Diskurse nationaler Politik, die internationale Wettbewerbsfähigkeit und „Standortpolitik“ zu zunehmend selbst-evidenten Zielen werden lassen. Im Wechselspiel zwischen Trends und Gegentrends stellt sich staatliche Restrukturierung somit als Konglomerat umstrittener und im Ergebnis offener Prozesse dar.

Die zu beobachtenden Veränderungen sind qualitative, facettenreiche und multiskalare Prozesse staatlicher Restrukturierung, die komplexe Veränderungen der vertikalen Beziehungen zwischen unterschiedlichen scales des Staates und der horizontalen Beziehungen zwischen auf der gleichen Ebene operierenden Institutionen einschließen (Peck 2001: 447). „Hollowing out“ ist, worauf Jones et al. (2005) aufmerksam gemacht haben, zunächst einmal nur eine räumliche Metapher für diese funktionale und territoriale Restrukturierung des Staates und keine Erklärung des damit Bezeichneten, sondern ist selbst das nicht als quantitativer Prozess der Erosion des Nationalstaats, sondern als qualitativer Prozess staatlicher Restrukturierung zu Erklärende. Insofern sich das Konzept des „hollowing out“ nur auf das potenzielle rescaling des Nationalstaats nach oben und unten bezieht, muss es also weiter spezifiziert werden, um den Prozess erfassen zu können, durch den besondere scales (re-)konstituiert werden. Zur Spezifizierung des Verhältnisses zwischen unterschiedlichen staatlichen Ebenen und den aktiven und umkämpften Prozessen

der Herausbildung von neuer Staatlichkeit wird deshalb neuerdings besonders auf den Prozess des „filling in“ und die Dialektik des „hollowing out“ und „filling in“ abgehoben (vgl. Jones et al. 2005; Goodwin et al. 2006). Mit dem Konzept des „filling in“ sollen „the micropolitics and power conflicts inherent in the devolution settlement with regard to the realignment of organisations, policies, and strategies, along with their territorial and scalar manifestation“ untersucht werden und der Fokus auf das institutionelle making up neuer Organisationen in den neukonfigurierten Räumen der Staatlichkeit gelegt werden (Jones et al. 2005: 357).

Die beschriebene räumliche Redimensionierung von Staatlichkeit hat nun nicht nur die überkommenen politischen Geographien und administrativen Hierarchien umgruppiert, sondern ging auch einher mit einer erhöhten Bedeutung von Territorialität und staatlicher Regulation für die Kapitalakkumulation. Die Rolle des Staates besteht nicht mehr nur wie in Zeiten des Fordismus darin, mit indirekten Formen territorialer Intervention zur Reproduktion von Arbeitskraft beizutragen sowie industrielle Standorte und den gesellschaftlichen Konsum zu fördern. Angesichts zunehmender Mobilität von Kapital, Gütern und Arbeitskraft über nationale Grenzen hinweg beziehen die aktuellen Formen staatlicher Intervention den globalen Staat unmittelbar in die Schaffung von vorwiegend ortsspezifischen oder geographisch unbeweglichen Wettbewerbsvorteilen ein. Es geht nicht mehr nur um die Reproduktion lokalisierter Produktionskomplexe, sondern um ihre kontinuierliche Förderung als territorial spezifische Produktivkräfte (Swyngedouw 1992a: 431).

Im Kontext neuer Schlüsseltechnologien, der Reorganisation der Arbeits- und Produktionsorganisation, der sektoralen, regionalen und transnationalen Neuordnung der Wirtschaftskreisläufe, der zunehmenden Internationalisierung des Finanz-, Handels- und Industriekapitals und der Tertiärisierung der Beschäftigungsstruktur wird das Gesellschaftsprojekt sozialer Anrechte (Vollbeschäftigung, Ausbau des Wohlfahrtsstaats, soziale Sicherheit ...) zugunsten einer stärker marktorientierten Leistungs- und Effizienzphilosophie (Flexibilisierung, Deregulierung, Privatisierung ...) zurückgedrängt. Die grundlegenden ökonomischen und sozialen Zielsetzungen des reformulierten hegemonialen Staatsprojekts sind jetzt „... the promotion of product, process, organisational and market innovation; the enhancement of the structural competitiveness of open economies mainly through supply side intervention; and the subordination of social policy to the demands of labour market flexibility and structural competitiveness“ (Jessop 1993: 3). Zur Förderung der internationalen Wettbewerbsvorteile ihrer Territorien verfolgen die nationalen und lokalen/regionalen Staaten eine Reihe orts- und scale-sensitiver Ansätze institutioneller Reorganisation und regulatorischer Intervention. Räumliche Projekte des Staates sollen maßgeschneiderte, ortsspezifische „organising capacities“ (van den Berg) in bedeutenden Städten und Stadt-Regionen etablieren bzw., allgemeiner, wichtige Aspekte ökonomischer Regulation auf die lokale/regionale institutionelle Ebene dezentralisieren. Räumliche Strategien des Staates zielen auf die Rekonzentration sozioökonomischer Aktiva und anspruchsvoller Infrastrukturinvestitionen in den international wettbewerbsfähigsten lokalen und regionalen Ökonomien.

Im Ergebnis wurden mit dieser räumlichen Redimensionierung von Staatlichkeit nicht nur die nationalisierten Formen städtischer governance und die redistributiven Formen

staatlicher Raumpolitik ausgehöhlt, die die fordistisch-keynesianische Periode kennzeichneten. Sie hat auch „new interscalar rule-regimes“ (Peck 2002) hervorgebracht, die die finanziellen Zwänge und den Wettbewerbsdruck auf städtischer und regionaler Ebene erhöht haben mit der Folge, dass deren regulatorische Einrichtungen sich dazu genötigt sehen, ökonomisches Wachstum und territoriale Wettbewerbsfähigkeit gegenüber traditionellen wohlfahrtsorientierten, redistributiven Prioritäten zu privilegieren.

Insofern diese institutionellen Anpassungen und regulatorischen Strategien auf Städte und Regionen als Orte der Steigerung territorialer Wettbewerbsfähigkeit abstellen, können sie mit Brenner (2000b) als Formen lokaler/regionaler Standortpolitik aufgefasst werden. „Urban entrepreneurialism“ (Harvey 1989; Leitner 1990; Hall, Hubbard 1996, 1998; Mayer 1990, 1992), die seit Mitte der 1970er-Jahre auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Politik, ist nicht einfach als Anpassung lokaler institutioneller Formen und Funktionen zu verstehen. Die Verbreitung von wettbewerbsorientierten Strategien für Stadtentwicklung und Stadtmarketing, „Unternehmensfreundlichkeit“, Public-private-Partnerships, Auslagerung von Verwaltungsaufgaben, um Kosten zu sparen und flexibles unternehmerisches Handeln zu ermöglichen, neue, netzwerkgesteuerte governance-Formen und „strong mayoral leadership“ (Panebianco 2006: 59 f.) ist vielmehr wesentlicher Ausdruck und Ergebnis orts- und scale-spezifischer Formen räumlicher Staatsprojekte und räumlicher Strategien des postkeynesianischen Wettbewerbsstaates. Als solche sind unternehmerische Stadtpolitiken eng mit den staatlichen rescaling-Prozessen verbunden (Brenner 2004a: 177).

Abbildung 1 fasst zusammen, wie die Beziehungen zwischen den Mustern der Urbanisierung und den Formen staatlicher territorialer Organisation seit der fordistisch-keynesianischen Periode des Kapitalismus reorganisiert wurden. Einerseits können städtische und staatliche Politiken der Redimensionierung des Raumes als Formen der Re-Territorialisierung des Kapitals verstanden werden, die sich im Zusammenhang mit der sich globalisierenden Weltwirtschaft herausgebildet haben. Andererseits haben die durch die Krise der 1970er-Jahre induzierten Prozesse der lokalen/regionalen Restrukturierung die Redimensionierung von Staaten innerhalb des globalen Raumes beeinflusst. Umgekehrt ermöglichte die entsprechende Anpassung des Staates eine Strategie des Krisenmanagements und die staatlich unterstützte Kapitalverwertung in einem breiten Spektrum lokal/regionaler Kontexte (bis hin zur Förderung von Metropolregionen). Nach Brenner (2006: 264 f.), erfordert die Governance aktueller Urbanisierungsmuster nicht allein die Produktion von „new industrial spaces“ für postfordistische Formen der Industrialisierung (Scott 1988), sondern auch „new state spaces“ (Brenner 2004a), die den Staat befähigen, die territorial spezifischen Wettbewerbsvorteile und Produktivkräfte lokaler/regionaler Räume zu mobilisieren und die gesellschaftspolitischen Widersprüche solcher Projekte zu regulieren. Die räumliche und skalare Konfiguration des Staates wird zum Instrument im räumlichen Wettbewerb zwischen Städten, Regionen und Nationalstaaten.

Abb. 1: Urbanisierung, Staatsformen und die Weltwirtschaft, 1950–2000.

RÄUMLICHE ORGANISATION DER STAATLICHKEIT

<p>STADT ALS KOORDINATE STAATLICHER MACHT</p>	<p>STAATLICHE RÄUME IM NATIONALSTAATLICHEN RAHMEN</p>	<p>REDIMENSIONIERUNG STAATLICHER RÄUME</p>
	<p>Nationale Entwicklungsphilosophie und räumlicher Keynesianismus: Städte als Transmissionsriemen nationaler Wirtschaftspolitik; Umverteilung industrieller Kapazitäten in „unterentwickelte“ Räume; Entwicklung der Keynesianischen „managerial city“</p>	<p>Redimensionierung des staatlichen Raums: Stadtpolitik folgt ökonomischen Entwicklungsprioritäten; Mobilisierung von Standortpolitiken und Entwicklung der Stadt als Unternehmen; Redimensionierung staatlicher Macht zur Erleichterung der Mobilisierung ortsspezifischer Akkumulationsstrategien</p>

→ **URBANISIERUNG** →

(1950 - 1970)

(nach 1970)

<p>STADT ALS KNOTEN DER KAPITALAKKUMULATION</p>	<p>Stadt als Motor nationalen Wirtschaftswachstums; Dominanz der Fordistischen Industriestadt; Stadt als Wachstumsmaschine und Ort des kollektiven Konsums sowie staatlicher Investitionen in öffentliche Güter</p>	<p>Sich globalisierende Stadt: Entkopplung des städtischen vom volkswirtschaftlichen Wachstum; Intensivierung des räumlichen Wettbewerbs zwischen Städten und Regionen im Weltmaßstab; Explosion ungleicher räumlicher Entwicklung auf allen räumlichen Maßstäben</p>
	<p>INTERNATIONALE WIRTSCHAFT</p>	<p> Globale WIRTSCHAFT</p>

RÄUMLICHE ORGANISATION DER WELTWIRTSCHAFT

Quelle: Brenner (2006: 265), Übersetzung W.K.

4.3 Standortpolitik und die politische Geographie des Neoliberalismus

Brenner (2004a: 192) versteht die Restrukturierung staatlicher Räumlichkeit als geschichteten Prozess, in dem neue räumliche Staatsprojekte und räumliche Strategien des Staates mit überkommenen Konfigurationen staatlicher Räumlichkeit interagieren und neue, vielschichtige Formationen staatlicher Räumlichkeit hervorbringen, die eklektizistisch Elemente früherer räumlicher Arrangements mit neu geformten regulatorischen Geographien verbinden.

Neofordistische endogene Entwicklungspolitik

So wurden, wie Brenner die Ergebnisse seiner Untersuchungen der in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren verbreiteten endogenen Entwicklungsinitiativen (1997b: 290 ff., 2000b: 324 ff., 2004a: 192 ff., 2004b: 464 ff.) zusammenfasst, im Unterschied zur nationalen Politik territorialer Umverteilung der fordistischen Periode, die in lokalen und regionalen Ökonomien Agglomerationen genereller Ressourcen (wie Arbeitskräfte und Infrastrukturen) und Untereinheiten der nationalen Raumökonomie bzw. der administrativen Hierarchie sah, jetzt eigene, ortsspezifische sozioökonomische Aktiva, Entwicklungspfade und Strukturprobleme der Städte und Regionen entdeckt und mit den neuen Projekten endogener Entwicklung die Grundlagen für einen passgenauen, scale-sensitiven Ansatz räumlicher Politik gelegt, die explizit die Regulation besonderer Orte und Regionen in den Mittelpunkt stellt. Die fordistisch-keynesianischen Prioritäten der sozialen Umverteilung, des territorialen Ausgleichs und des Klassenkompromisses wurden zwar weiterverfolgt, jetzt aber in den begrenzten Parametern regionaler und urbaner Ökonomien und weniger als ein das ganze nationale Territorium einbeziehendes Projekt (Brenner 1994a: 197).

Mit diesen lokalisierten und regionalisierten Formen des Krisenmanagements wurde eine neue räumliche Schicht subnationaler regulatorischer Arrangements über die im Fordismus vorherrschenden nationalisierten politischen Geographien gelegt. Infolge ihrer differenzierenden, fragmentierenden Auswirkungen auf die nationalen Städtesysteme trugen der subnationale Neokorporatismus und die ortsbezogenen Allianzen der 1970er-Jahre zur anhaltenden Destabilisierung des räumlichen Keynesianismus bei und ebneten den Weg für die weit radikalere räumliche Redimensionierung urbaner Governance und staatlicher Räumlichkeit in den späten 1980er- und 1990er-Jahren (Brenner 2004a: 197 f.).

Neoliberale Regionalisierung, metropolitane Standortpolitik

Im Verlauf der 1980er-Jahre demontierten immer mehr Staaten die regulatorische Infrastruktur und die sozialen Kompromisse des fordistisch-keynesianischen Kapitalismus. Gleichzeitig versuchten sie neue Formen staatlichen Handelns und der institutionellen „hardware“ zu etablieren, um die disziplinierenden Wirkungen der Marktkräfte zur Geltung zu bringen, marktorientierte Arrangements der Regulation auszuweiten und die „befreiten“ ökonomischen Kräfte auf allen geographischen scales zu stärken (vgl. Brenner, Theodore 2002; Peck, Tickell 2002). Mit der Konsolidierung neoliberaler Praktiken in der Europäischen Union und den westeuropäischen Nationalstaaten wurden auch neue Formen lokaler governance eingeführt, die neoliberale Prinzipien wie Haushaltsdisziplin, schlanke Verwaltung, Privatisierung und „new public management“ aufgriffen. Gleichzeitig wurden

bestehende metropolitane Institutionen wie der Greater London Council abgeschafft oder doch zumindest geschwächt.

Die Beschleunigung der europäischen Integration – selbst Ausdruck und Ergebnis neoliberalen staatlichen Handelns – stellte Städte und Regionen vor weitere neue Herausforderungen. Bis in die 1970er-Jahre initiierte der Integrationsprozess nur eine begrenzte Öffnung der nationalen Wirtschaftsräume. Die Rolle der europäischen Institutionen war auf die Absicherung der nationalen fordistischen Entwicklungspfade und Muster der wohlfahrtsstaatlichen Regulation begrenzt. In der Krisen- und Stagnationsperiode der 1970er- und frühen 1980er-Jahre wurde dieser Wirkungszusammenhang zunächst brüchig und ab Mitte der 1980er-Jahre grundlegend neu definiert. So hat sich mit dem Binnenmarktprojekt, der Wirtschafts- und Währungsunion und zuletzt der Lissabon-Strategie eine neue „wettbewerbsstaatliche“ Integrationsweise herausgebildet (Ziltener 1999: 195 ff.). Hier übernimmt die EU nicht nur selbst wichtige staatliche Funktionen, sondern zielt auf die Errichtung eines integrierten europäischen Wirtschaftsraumes, in dem der Wettbewerbs- und Reformdruck für die einzelnen Volkswirtschaften intensiviert und in der Folge die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Ökonomie verbessert werden soll. Über die Deregulierung nationaler Märkte und ihre partielle Re-Regulierung auf europäischer Ebene, die supranationale Institutionalisierung einer einseitig stabilitätsorientierten Wirtschafts- und Geldpolitik, die Förderung einer europäischen Innovationspolitik sowie einer an „workfare“ statt „welfare“ ausgerichteten Sozialpolitik wurden die Nationalstaaten zunehmend unter Druck gesetzt, ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Systeme marktförmig zu gestalten (Ziltener 1999: 169 ff.). Mit der durch die Standortkonkurrenz bewirkten mikroökonomischen und marktwirtschaftlichen Integrationsmethode wurden auf supranationaler Ebene die einheitlichen makroökonomischen Bedingungen eines erweiterten und intensivierten Marktes und monetärer Stabilität geschaffen (Ziltener 1999: 163 ff.). Auf nationaler und subnationaler Ebene wurden die Unterschiede betont, um auf der mesoökonomischen Ebene sozialökonomisch unterschiedlich strukturierte Räume für die Kapitalverwertung zu etablieren (Ziltener 1999: 173 ff.; Tömmel 1996; Apeldoorn 2003). Mit dem „Wettbewerb der Regionen“ entstand ein Widerspruch zwischen supranationalen Regulationsformen und der national bzw. regional fragmentierten Sicherung gesellschaftlicher Kohäsion.

Brenner interpretiert die neuen Ansätze staatlicher Politik als Formen der „Standortpolitik“, deren übergreifendes Ziel die Stärkung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit besonderer Orte, Territorien oder räumlicher Maßstabebenen für die sich globalisierende Kapitalakkumulation ist. In diesem veränderten politisch-ökonomischen Kontext werden – aufbauend auf früheren Ansätzen endogener Entwicklung – Städte zunehmend als dynamische Wachstumsmaschinen angesehen, mit denen die nationale territoriale Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden kann (Brenner 2004: 203; vgl. auch Cheshire, Gordon 1996. Im Gegensatz zu früheren, lokal kontrollierten Formen (Brenner 2004a: 204 f.) ordnet lokale Standortpolitik nunmehr Fragen der territorialen Umverteilung den Zielen der Wettbewerbsfähigkeit und der Förderung ökonomischen Wachstums unter oder passt sie den entwicklungsorientierten unternehmerischen Prioritäten an, ist aggressiv außenorientiert am Ziel, die eigene Stadt/Region strategisch im supranationalen Kapitalkreislauf zu positionieren, ist Produkt der Interaktion vielfältiger scales politischer

Autorität, die vom europäischen und nationalen zum regionalen und lokalen reichen, und gründet nicht mehr primär in Bottom-up-Initiativen. Alles in allem wurden damit „place- and scale-specific approaches to urban governance ... transformed from a basis for promoting economic rejuvenation and territorial redistribution within crisis-stricken industrial urban regions (1970s – early 1980s) into a means for positioning major cities and regions strategically within global and European spatial divisions of labour (post-1980s period)“ (Brenner 2004a: 206).

Auch in Deutschland führte erst die wachsende Instabilität des rheinischen Modells des Kapitalismus unter den Bedingungen der beschleunigten Globalisierung und europäischen Integration sowie der ökonomischen Folgen der Wiedervereinigung zu der bis heute anhaltenden erhitzten Debatte über den Standort Deutschland und zu einer ausgesprochen neoliberalen Regionalisierungspolitik seit Beginn der 1990er-Jahre (vgl. für das Folgende Brenner 2000b: 327–339, 2004a: 210–256). Die Standortdebatte wurde zu einem der wichtigsten politischen und institutionellen Katalysatoren für ein rescaling staatlicher Räumlichkeit. Dabei wurde zwar weiterhin die Gesamtwirtschaft (der Standort Deutschland) als hauptsächliches geographisches Ziel wichtiger Formen der Standortpolitik angesehen, zunehmend aber die europäische Ebene des räumlichen Wettbewerbs beachtet und vor allem in der lokalen/regionalen Ebene die institutionelle Schlüsselarena für neoliberale Modernisierungsstrategien der gesellschaftlichen Transformation gesehen. Als „projected spaces“ im Sinne von Lipietz (1994: 34 f.) sollen diese Räume nicht nur spezifisch territoriale Produktionsbedingungen, sozio-ökonomische Aktiva und institutionelle Steuerungsformen entwickeln, sondern auch national-spezifische Wettbewerbsvorteile in einer integrierten europäischen Ökonomie garantieren.

Für Brenner (2000b: 329) sind vor allem die „Regionalisierung“ der nationalen Raumordnungspolitik und die Debatten um den Wettbewerbsföderalismus und eine Reform des Länderfinanzausgleichs in den 1990er-Jahren Arenen regionaler Politik, in denen neoliberale „projected spaces“ konstruiert wurden. Die gemeinsamen, spezifisch neoliberalen Merkmale der damit angesprochenen, ansonsten unterschiedlichen politisch-geographischen Strategien sieht er (2000b: 329 f.) in ihrer einseitigen Bevorzugung kapitalistischen Wachstums (in der Form der Standortpolitik) vor anderen gesellschaftspolitischen Zielen (die auch oft dort vorliegen, wo auf das Dreieck der Nachhaltigkeit verwiesen wird, was sich z. B. an den damit verknüpften ökonomistisch-technologisch verkürzten Politiken festmachen lässt); in ihrer aggressiven Promotion räumlichen Wettbewerbs um Investitionen und Arbeitsplätze zwischen subnationalen Räumen innerhalb und jenseits des nationalen Territoriums (trotz aller gleichzeitigen Propagierung von „Polyzentralität“, z. B. im EUREK); und in ihrer neuen Sicht auf die ungleiche geographische Entwicklung innerhalb der nationalen räumlichen Ökonomie als *Basis* kapitalistischer Expansion und nicht mehr, wie noch in den 1980er-Jahren, als *Barriere* ökonomischer Entwicklung.

Auf die zunehmende Kritik an der Politikverflechtung des kooperativen Föderalismus der 1970er-Jahre und das wiederholte Plädoyer für mehr Wettbewerbsföderalismus, das zunächst die Post-Vereinigungsdebatte um die territoriale Struktur insbesondere der neuen ostdeutschen Länder grundierte, sich im Folgenden aber hauptsächlich niederschlug in der Auseinandersetzung um den Länderfinanzausgleich und dem verstärkten Wettbewerb zwischen den Ländern um fiskalische Ressourcen und in der schwindenden Bedeutung

des Zieles der Verminderung räumlicher Disparitäten im nationalen Maßstab, kann hier nicht eingegangen werden (vgl. aber Brenner 200b: 333–337). Festgehalten werden soll aber die auch in diesen Debatten erkennbare Priorität der globalen strukturellen Wettbewerbsfähigkeit und des endogenen subnationalen Wachstums – mit anderen Worten: der Standortpolitik – und die darin zum Ausdruck kommende Entsolidarisierung.

Die im Kielwasser der nach der Wiedervereinigung anschwellenden Standortdebatte verfolgte neoliberale „Regionalisierung“ der nationalen Raumordnungspolitik zeigt sich an den neuen Zielen und Politiken der Raumordnung. Diese betonen jetzt die regionale Dimension räumlicher Politik, sehen in der Raumentwicklungspolitik eher ein Instrument der Wettbewerbspolitik als des kompensatorischen Managements der polarisierenden sozioräumlichen Wirkungen des Wachstums und definieren die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen neu (Brenner 200b: 330).

Im Raumordnungsbericht 1990 (Deutscher Bundestag, 1990: 17–48) wurde zum ersten Mal ausführlich die Frage der internationalen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands angesprochen und die volkswirtschaftliche Produktivität unter Bezug auf die spezifischen Standortqualitäten seiner großen urbanen Regionen analysiert sowie der Begriff der „regionalen Wettbewerbsfähigkeit“ eingeführt und operationalisiert. Gleichzeitig wurde das Gebot „einheitlicher Lebensverhältnisse“ Schritt für Schritt relativiert. Im Jahr 1994 wurde zunächst mit der Neufassung des Art. 72 Abs. 2 GG die bisherige grundgesetzliche Formulierung „Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ durch die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ ersetzt und damit nicht nur das anzustrebende Maß an Gleichheit abgeschwächt, insofern *Einheitlichkeit* im Vergleich zu *Gleichwertigkeit* mehr Gleichheit und Gleichförmigkeit verlangte. Mit der Ersetzung des Wortes *Wahrung* durch *Herstellung* wurde gleichzeitig das Gebot zeitlich relativiert, insofern *Wahrung* auf Erhalt und Sicherung in der Gegenwart abzielt, während *Herstellung* einen dynamischen, das Anrecht künftiger Generationen auf „gleichwertige Lebensverhältnisse“ einbeziehenden Prozess meint. Der Raumordnungsbericht von 1993 (Deutscher Bundestag 1994) führte diese Überlegungen im Kontext der inzwischen deutlich sichtbar gewordenen massiven Polarisierung zwischen den alten und den neuen Bundesländern fort und definierte das Ziel der Sicherung einheitlicher Lebensverhältnisse insofern neu, als nunmehr von anzustrebenden *regionalen* statt nationalen Mindeststandards gesprochen wurde und (durch die Betonung der Eigeninitiativen von unten im Sinne notwendiger Spielräume für unterschiedliche Entwicklungspfade) das nationale Territorium eher differenziert wurde (Brenner 2000b: 331). „Gleichwertigkeit“ der Lebensverhältnisse dürfe nicht mit „Gleichartigkeit“ verwechselt werden und vom Staat könne nicht erwartet werden, dass er über Hilfen für eine eigenständige Entwicklung hinaus überall gleichwertige Lebensverhältnisse garantieren könne (Deutscher Bundestag, 1994: 2). Die Entwicklung „regionaler Potenziale und endogener Kapazitäten“ bzw. der „regionalen Standortbedingungen“ wurde zu einem der „übergeordneten“ Ziele der nationalen Raumordnung (Deutscher Bundestag, 1994: 5). Im Ergebnis sollen gleichwertige Lebensverhältnisse nicht mehr über die Bereitstellung einer gewissen infrastrukturellen Grundversorgung und anderer öffentlicher Leistungen im ganzen nationalen Territorium, sondern durch die Herstellung politisch-ökonomischer Grundlagen für eine intensiviertere regionale Spezialisierung und territoriale Differenzierung gesichert werden (Brenner 200b: 331).

Im Jahr 1998 wurden bei der Novellierung des Raumordnungsgesetzes in § 1 des neuen Raumordnungsgesetzes von 1997 die Schaffung der „Standortvoraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklungen“ und die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen“ neben anderen Aufgaben zum gesetzlich verbindlichen Ziel erhoben und nebenbei das Teilziel „gleichwertige Lebensverhältnisse“ von Platz 4 auf Platz 6 „zurückgestuft“. In der danach wieder auflebenden Diskussion der Frage nach dem Stellenwert des Postulats der gleichwertigen Lebensverhältnisse (vgl. Blotevogel, Danielzyk 2006 und die dort aufgeführte Literatur) wird zwar ebenfalls noch an diesem Auftrag festgehalten, gleichzeitig aber betont, dass eine Neuinterpretation der raumordnungspolitischen Ziele im Spannungsfeld von Ausgleichs- und Entwicklungsorientierung unter Beachtung der empirisch feststellbaren Vielfalt räumlicher Strukturen und Entwicklungen geboten sei. Die reale Entwicklung dränge sowohl auf eine offene Debatte über den Rückzug öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen aus der Fläche als auch auf eine „unvoreingenommene und strategisch ausgerichtete Auseinandersetzung“ über die sich diesem Trend überlagernde rekonzentrierende Wirkung des Standortverhaltens der Firmen aus der Wissensökonomie und die notwendige Förderung von Wachstumsprozessen und -regionen (Thierstein 2006: 397; Blotevogel, Danielzyk 2006: 67). Anstelle normativer Beschwörungen wird „für eine Neuinterpretation der Gleichwertigkeitsprogrammatik im Sinne einer ‚Dynamik in Kohäsion‘ bzw. dafür (plädiert), ‚Besonderes zu fördern und Allgemeines zu entfalten‘ ..., wofür different begabte Räume in produktiver Interaktion als verantwortungsvolle Leistungs- und Potenzialgemeinschaft“ zielführend seien (Brake 2007:180).

Grundlage für eine echte gesellschaftliche und politische Aushandlung eines zu tolerierenden Ausmaßes an Ungleichheit wäre aber die Einigung auf eine Vorstellung von räumlicher Gerechtigkeit und praktisch zu erreichenden Gerechtigkeitsmaßen, die als politische Entscheidungen gerechtfertigt und verantwortet werden müssen (vgl. Barlösius 2006). Diese müssen sich an gesellschaftlichen und politischen Werten orientieren, nicht aber an vermeintlich zwangsläufigen Entwicklungen und unabwendbaren Folgen der Globalisierung, der demographischen Lage in den verschiedenen Regionen oder des nicht weiter hinterfragten Wandels vom fürsorgenden Wohlfahrtsstaat zum „vorsorgenden und aktivierenden Gewährleistungs- und Verantwortungsstaat“ (wie im Positionspapier des Ad-hoc-Arbeitskreises „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ 2006).

Der „Raumordnungspolitische Orientierungsrahmen“ von 1993 und der „Raumordnungspolitische Handlungsrahmen“ von 1995 (BMBau 1993, 1995) lieferten dann nur noch weitere Begründungen für diese politische Neuorientierung, indem jetzt die bedeutenden städtischen Regionen explizit als die regionalen Wachstumsmotoren für die räumliche Entwicklung des gesamten nationalen Territoriums bezeichnet wurden (BMBau 1993: 6) und deshalb in der Stärkung der endogenen regionalen Kapazitäten unter den gegenwärtigen Umständen das geeignete Mittel zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und seiner Regionen als Investitionsstandorte gesehen wurde. Auf der gleichen Argumentationsgrundlage wurden im „Raumordnungspolitischen Handlungsrahmen“ eine Reihe „Europäischer Metropolregionen“ als „Motoren der gesellschaftlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung“ (BMBau 1995: 27–29) ausgewiesen, deren Anzahl später auf inzwischen elf aufgestockt wurde (BMVBW 2005). Anstelle der Verringerung

ungleicher geographischer Entwicklung ist deren aktive Intensivierung durch die Förderung weiterer Rezentralisierung des Wachstums in speziellen metropolitanen Räumen getreten (Brenner 2000b: 332). Diese, anstatt die Volkswirtschaft insgesamt sind nunmehr Zielgebiete räumlicher Planung und Entwicklung, die vor allem die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und weniger den räumlichen Ausgleich fördern will. Unter Ausklammerung der Frage, unter welchen Bedingungen die Förderung eigenständiger regionaler Entwicklung aktuell regionale Disparitäten – wenn überhaupt – verringern könnte, wird behauptet, „dass der Abbau der räumlichen Ungleichheiten sich langfristig nur durch die Förderung der regionalen Eigenentwicklung erreichen lässt“ (BMBau 1993: 21).

Die Redimensionierung staatlicher Räumlichkeit seit den 1970er-Jahren kristallisierte somit zusammenfassend seit Beginn der 1990er-Jahre immer deutlicher in einer Konfiguration, die als „Schumpeterian workfare postnational regime“ (Jessop 2002: 252) oder als „rescaled competition state regime“ (Brenner 2004a: 260) charakterisiert wurde: „rescaled“, weil sie auf scale-sensitiven politischen Strategien beruht, die subnationale Räume als Produktivkraft in den supranationalen Kreisläufen der Kapitalakkumulation zu positionieren beabsichtigten; „competition state“, weil sie das Ziel ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit über traditionelle Wohlfahrtsziele wie Ausgleich und Umverteilung stellt; „regime“, weil es sich dabei eher um ein instabiles, in Entwicklung begriffenes institutionell-geographisches Mosaik als um eine konsolidierte Matrix neuer Staatlichkeit handelt. Wie Brenner (2004a: 263 ff.) betont, verlief und verläuft die Mobilisierung städtischer Standortpolitiken in Westeuropa nicht krisenfrei und führte zu einer Reihe von „regulatory failures“ (Brenner 2004a: 263 ff.). Dazu zählt er insbesondere die ineffiziente Allokation öffentlicher Ressourcen, die Suche nach kurzfristigen Gewinnen als Standortraum auf Kosten nachhaltiger Investitionen in die Entwicklung städtischer Lebensräume und die Lebensqualität aller Bewohner, die Schaffung lokaler Enklaven mit nur begrenzten Spillovereffekten in das weitere territoriale Umfeld, die ungleiche räumliche Entwicklung und territoriale Konflikte, die Aushöhlung bestehender Regulationssysteme im Zuge von Beschleunigungs- und Kostensenkungsmaßnahmen, die Probleme interskalarer Koordination (innerhalb und zwischen europäischen, nationalen, regionalen und lokalen staatlichen Institutionen) und nicht zuletzt das Problem demokratischer Verantwortlichkeit und Legitimation.

Instabile neue staatliche Räume, Regulationsdefizite städtischer Standortpolitiken

Die mit der Redimensionierung staatlicher Räumlichkeit ausgelösten Formen regulatorischen Versagens und die tendenzielle Krisenhaftigkeit dieser Prozesse führten seit Mitte der 1990er-Jahre verstärkt zu scale-sensitiven Politiken des Krisenmanagements, mit denen versucht wird, die sich deutlicher zeigenden destruktiven politisch-ökonomischen Konsequenzen früherer rescaling-Prozesse zu managen und abzuschwächen (Brenner (2004a: 266 ff., 2003b). Neben Strategien gegen die sozialräumliche Polarisierung auf Stadtteilebene kommt es zu einer Wiederbelebung metropolitaner governance und dem Vorschlag, wachstumsstarke Metropolregionen und periphere strukturschwache Regionen in wie immer gearteten „großräumigen Verantwortungsgemeinschaften“ (BMVBW 2005) zu vereinen, sowie zur Bildung internationaler Städtenetzwerke. Gemeinsam ist diesen neuen Formen räumlicher Redimensionierung des Staates ihre Orientierung an den orts-

und scale-spezifischen politisch-ökonomischen Bedingungen städtischer Regionen, der Versuch, neue Formen ungleicher Entwicklung innerhalb und zwischen europäischen Städten abzuschwächen, der Versuch, mit einer weiteren skalaren Differenzierung des staatlichen Raums einigen durch frühere Ansätze städtischer Standortpolitik entstandenen regulatorischen Problemen zu begegnen und schließlich die damit verbundene Wiederentdeckung der „territorialen Kohäsion“, die nicht nur mit dem Ziel territorialer Wettbewerbsfähigkeit kompatibel, sondern diesem sogar förderlich sein soll (Brenner 2004a: 266 f.).

Die jeweilige skalare Konfiguration ist aber nicht nur notwendige Voraussetzung der neuen Politiken, sondern gleichzeitig auch deren wichtigste strukturelle Grenze. So greift die im Folgenden nicht weiter behandelte stadtteilorientierte Politik sozialer Inklusion zwar die Probleme sozialräumlicher Ungleichheit in den Städten auf, ist aber weniger Alternative zur städtischen Standortpolitik als vielmehr deren stabilisierende Ergänzung (Harloe 2001: 895 f.) und befasst sich ortsspezifisch mit Problemen, die nicht auf diese Zielräume begrenzt sind und deren wesentliche Ursachen anderswo liegen (Brenner 2004a: 272 ff.). Die neuen Formen metropolitaner intergouvernementaler Koordination versuchen die destruktiven Folgen des intraregionalen Wettbewerbs abzufedern und greifen insofern ein Regulationsdefizit städtischer Standortpolitik auf. Initiativen, die die territoriale Kohäsion innerhalb von Metropolregionen stärken wollen, sind aber gleichzeitig verknüpft mit einer an Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit orientierten, außengerichteten regionalen Entwicklungsstrategie, die den Wettbewerb zwischen Räumen auf den überregionalen scales intensiviert (Brenner 2004a: 286). Internationale Städtenetzwerke schließlich bilden eine neue, eher auf Kooperation basierende Ebene staatlicher Regulationsbemühungen. Sie tragen aber de facto oft zur Verschärfung territorialen Wettbewerbs bei, indem sie städtische Standortpolitiken im neuen räumlichen Maßstab des Städtenetzwerks verfolgen und damit zwar die geographische Struktur des territorialen Wettbewerbs modifizieren, aber kaum zur Abschwächung seiner polarisierenden, destruktiven sozioökonomischen Folgen beitragen (Brenner 2004a: 293 f.; Leitner, Sheppard 1999: 240; vgl. auch Leitner, Sheppard 2002).

Qualitativ unterschieden von früheren Wellen stadt-regionaler Institutionalisierung der 1960er- und frühen 1970er-Jahre und nicht zuletzt auch angesichts der mit der Schwächung und Abschaffung bestehender Institutionen entstandenen Regulationsdefizite wurden in den 1990er-Jahren neue metropolitane Institutionen gefordert und in vielfältigen, national und lokal spezifischen Formen auch geschaffen (Heinz 2000; Herrschel und Newman 2002; Salet et al. 2003; Lovering 1999; MacLeod 2001; Jones 2001; Brenner 2003b). Gemeinsam ist dieser Wiederbelebung metropolitaner Governance in Westeuropa (Brenner 2003: 302 f.; Heinz 2000: 21 ff.) nicht nur ihre diskursiv-ideologische Begründung mit den angeblichen Sachzwängen der Globalisierung und dem verschärften territorialen Wettbewerb. Die verschiedenen Initiativen orientieren sich darüber hinaus spezifisch an Entrepreneurship, ökonomischem Wachstum und territorialer Wettbewerbsfähigkeit, sind an der Ersetzung hierarchisch-bürokratischer durch eher horizontale, auf Kommunikation, Verhandlung, Partnerschaft, Beteiligung und Flexibilität gegründete Strukturen interessiert und weisen spezifische Akteurskonstellationen von Befürwortern und Reformgegnern auf.

Die Wiederkehr von Vorstellungen großräumiger funktionaler Aufgabenteilungen bzw. die Rede von „Raumentwicklungspartnerschaften“ und „großräumigen Verantwort-

tungsgemeinschaften“ ist vor allem als ideologische Floskel einzuschätzen, die als solche offenbar vor allem eine gewisse Funktion erfüllen soll, nämlich den regionalen Ausgleich in die Verantwortung der Metropolregionen (bzw. der Länder, in denen sie liegen) zu legen, denen dann das Weitere überlassen wird, um auf nationaler Ebene konkret regional differenzierende Politiken des räumlichen Wettbewerbs verfolgen und weiterhin als „nachhaltige Raumentwicklung“ verkaufen zu können. Das allenthalben konstatierte „Spannungsverhältnis“ zwischen der Entwicklung von Metropolregionen und territorialer Kohäsion wird sich aber diskursiv nicht auflösen lassen. Dies schon deshalb nicht, weil eine der Logik von Sachzwängen wie Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz folgende und auf die nicht hinterfragten „Herausforderungen der Globalisierung“ gerichtete Politik, ein Auseinanderdriften der Gleichwertigkeit, der Gleichberechtigung der Lebenslagen sozialer Gruppen und damit eine Polarisierung von Branchen und Regionen (zwischen „verursachend“ bis „billigend in Kauf nehmend“) erzeugt.

Flexible, multinodale Städtenetzwerke wie METREX und Eurocities haben nicht nur eine neue, horizontal artikulierte Matrize für die Mobilisierung städtischer Standortpolitiken über die vorhandenen vertikal redimensionierten institutionellen Hierarchien des „rescaled competition state regime“ gelegt (Brenner 2004a: 288). Mit der kooperativ institutionellen Vernetzung von Städten wurde die Möglichkeit geschaffen, durch gegenseitige Information, gemeinsames Lobbying, gemeinsame Planung und die Verbreitung von Best-practice-Erfahrungen die ökonomischen Entwicklungskapazitäten und das geopolitische Gewicht des Netzwerkes als Ganzes zu stärken. Städtenetzwerke haben aber auch einen zusätzlichen Parameter räumlicher Staatlichkeit für räumliche Staatsprojekte und räumliche Strategien des Staates eröffnet, der eher durch nodale Verknüpfung als durch territoriale Einhegung oder interskalare Artikulation definiert ist.

Im Zusammenhang mit der von Jessop (1999b, 1999c, 2000, 2002) beobachteten Denationalisierung, Entstaatlichung und Internationalisierung von Staatlichkeit bzw. den entsprechenden Gegentrends wie verschärfter Standortpolitik, interskalarem Management und Formen der Metasteuerung lassen sich die metropolitanen Reformen und die Initiativen zur Einrichtung internationaler Städtenetzwerke als neue globalisierte Formen räumlicher Selektivität des Staates interpretieren (vgl. z. B. Martin und Sunley 1997; Swyngedouw 1997; Brenner 1998, 2003b). Der Nationalstaat bleibt weiterhin wichtiger institutioneller Fokus, um den die verschiedenen Trends der Reorganisation von Staatlichkeit artikuliert werden. Gleichzeitig können Standortpolitik, interskalares Management und Metagovernance als politische Strategien verstanden werden, mit denen er seine funktionale Bedeutung im Prozess politisch-ökonomischer Governance zu behaupten versucht (vgl. Brenner 2003b: 311 f. und Abb. 2). Ähnlich verhält es sich mit der supranationalen Maßstabsebene. Indem Städte aktiv ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern versuchen, tragen auch sie zur Internationalisierung, Denationalisierung und Entstaatlichung bei. Mit der städtischen Standortpolitik und mit dem interskalaren Management von Städtenetzwerken entfalten sich aber auch hier entsprechende Gegentrends. Formen der Metagovernance finden sich dagegen auf der Ebene der metropolitanen Regionen, insoweit sie als institutionelle Arenen für neue Formen des interskalaren Managements entwickelt werden, mit denen die intraregionale Konkurrenz eingedämmt und regionale Standortpolitiken koordiniert werden sollen.

Abb. 2: Skalare Selektivität der aktuellen Restrukturierung von Staatlichkeit.

	National	Lokal	Metropolregion
Internationalisierung politischer Regime ...	Nationalstaaten, lokale Staaten und metropolitane/regionale Institutionen müssen ihr überkommenes Politikrepertoire dem neuen globalen Wettbewerbsdruck anpassen; der internationale Kontext wird strukturell wichtig als „frame of reference“ der Politik auf allen Ebenen staatlicher institutioneller Organisation.		
... und Aufkommen von Standort - Politiken	Nationalstaaten, „unternehmerische“ lokale Staaten und neu etablierte am Wettbewerb orientierte metropolitane Regierungen verinnerlichen weltwirtschaftliche Zwänge in Form neuer an der territorialen Wettbewerbsfähigkeit, am place marketing und der Gewinnung von Kapitalinvestitionen ausgerichteten Politiken.		
De - Nationalisierung von Staatlichkeit ...	Nationalstaaten transferieren verschiedene Regulationsaufgaben und -kapazitäten auf und abwärts auf andere Ebenen staatlicher Macht; Privilegierung sub - nationaler Staatsapparate (einschließlich städtischer und regionaler Regierungen und metropolitane Agenturen) bei der Umsetzung wichtiger politischer Agendas; Bedeutungszuwachs des regionalen und lokalen Staates bei der Formulierung und Umsetzung skalar - spezifischer Strategien territorialer Entwicklung.		
... und Entwicklung inter - skalarer Strategien	Nationalstaaten versuchen die Kontrolle über Beziehungen zwischen intra- und supra - nationalen Dimensionen der politisch - ökonomischen Organisation zu behalten (oder wieder zu gewinnen) und entwickeln neue Formen der interskalaren Koordination innerhalb und jenseits ihres territorialen Herrschaftsgebiets.	Neue horizontale oder transversale Formen interlokaler Kooperation zur Erreichung gemeinsamer politisch - ökonomischer Ziele (z. B. EUROCITIES und METREX).	Metropolitane Institutionen zur Verminderung intra - regionalen Wettbewerbs zwischen vorhandenen administrativen Einheiten, um die Stadt-Region strategisch in den supra - nationalen Kapitalkreisläufen zu positionieren und die stadt - regionalen Beziehungen zu überregionalen Dimensionen politisch - ökonomischer Organisation zu koordinieren.
Entstaatlichung des politischen Systems ...	Nationalstaaten, „unternehmerische“ Lokalstaaten und neu etablierte, wettbewerbsorientierte metropolitane Regierungen entwickeln neue Formen der Kooperation, Koordination und Partnerschaft mit nichtstaatlichen und para - staatlichen Einrichtungen zur Erfüllung grundlegender staatlicher Funktionen; neue, oft informelle Formen der Interaktion zwischen öffentlichem und privatem Bereich, inter - organisatorische Netzwerke und governance Strukturen werden auf allen Ebenen existierender staatlicher Macht etabliert und neue räumliche Dimensionen staatlicher Regulation entstehen.		
... und Entwicklung von Strategien der Meta - governance	Nationalstaaten übernehmen eine Schlüsselrolle bei der Regulation, Koordinierung und Supervision der Beziehungen in Public-Privat-Partnerships und anderen informellen governance Systemen auf verschiedenen räumlichen Ebenen des nationalen Territoriums.	Lokalstaaten übernehmen keine größeren Meta - Governance Funktionen.	Metropolitane Einrichtungen spielen zunehmend wichtige Rollen bei der Regulation, Koordinierung und Supervision der Beziehungen in Public - Private - Partnerships, freiwilligen Einrichtungen und anderen informellen governance Strukturen in der Stadt - Region.

Quelle: Brenner (2003b: 313) Übersetzung W. K.

Eine solche strukturelle Perspektive hebt zunächst nur auf die Bedeutung subnationaler Ebenen oder metropolitaner Institutionen als Schlüsselarenen ab, in denen und durch die die gegenwärtige Neukonfigurierung des staatlichen Raumes in Europa erfolgt. Sie sagt aber, wie Brenner betont (2003b: 302, 2004a: 105 ff.), nichts über die national- und lokal-spezifischen Formen der Reformen oder die besonderen politischen Strategien aus, die mit ihnen verbunden sind. Arrangements metropolitaner Governance müssen als Produkte pfadverändernder politischer Strategien analysiert werden, mit denen die institutionelle Infrastruktur städtischer und regionaler Räume neu konfiguriert werden soll. Solche Strategien treffen aber immer auf eine schon aufgeteilte und ungleich entwickelte politische Geographie als Erbe früherer Muster räumlicher Organisation des Staates und von Regulationsbemühungen. Das Ergebnis dieser konflikthaften Interaktion zwischen überkommener institutioneller Landschaft und neuen regulatorischen Projekten, die als „state spatial structuration“ (Brenner 2003b: 312; vgl. auch MacLeod 1999) beschrieben werden kann, ist also niemals vorhersehbar und artikuliert sich notwendigerweise in orts- und territorial-spezifischen Formen.

5 Schlussreflexion: Zur Zukunft neoliberaler Regionalisierung

Die vorstehenden Ausführungen befassten sich mit der gegenwärtig zu beobachtenden räumlichen Redimensionierung von Städten und Staaten als ineinandergreifende Formen der Re-Territorialisierung postfordistischer Formen der Kapitalakkumulation. Dabei wurde davon ausgegangen, dass neuere regulationstheoretische und kritisch-geographische Arbeiten vielversprechende Ausgangspunkte darstellen, um zu begreifen, wie Städte – sowohl als Orte und Knoten der Produktion und vielfältiger, unterschiedlich weit reichender Austausch- und Kommunikationsbeziehungen als auch als Koordinaten der territorialen Macht des Staates – und Staaten in die neuen „glokalen“ Geographien und Akkumulationsstrategien des Kapitals eingeordnet werden und eine veränderte räumliche Gewichtung erfahren. In dem damit aufgespannten theoretischen Rahmen werden *Prozesse* und *Strukturen* auf der lokalen und regionalen Ebene als Verdichtungen multiskalarer Entwicklungen begreifbar, in denen der Nationalstaat nach wie vor eine zentrale Rolle spielt. In den Blick gerät so auch die ökonomische und politische *Konstruktion* neuer räumlicher Einheiten wie Metropolregionen.

Die insbesondere auf der Grundlage diverser Arbeiten von Neil Brenner skizzierte räumliche Redimensionierung des Städtischen im sich globalisierenden polit-ökonomischen Raum zeigt sich – bezogen auf die Stadt als Ort und Knoten kapitalistischer Akkumulation – vor allem in den Metropolierungsprozessen, dem Entstehen transnationaler urbaner Hierarchien, in neuen inter-metropolitanen Polarisierungen und Zonen der Marginalisierung bzw. an den aus diesen eng miteinander verbundenen Tendenzen resultierenden neuen Mustern ungleicher geographischer Entwicklung. Die räumliche Redimensionierung des Städtischen betrifft auch das Städtische als regulatorisch-institutionelle Ebene innerhalb der intergouvernementalen Hierarchie des Nationalstaats, also die Rolle der Städte als Koordinaten staatlicher territorialer Macht. Einmal werden im Zuge der räumlichen Redimensionierung von Staatlichkeit national organisierte regulatorische Arrangements deprivilegiert und gleichzeitig staatliche Befugnisse an die supranationale „Ebene“ übertragen und an neu strukturierte lokale und regionale Governance-Ebenen abgetreten. Zum

anderen sollen die re-skalierten staatlichen Institutionen neue Rollen bei der Produktion, Koordination und Pflege jeweils passender, orts-spezifischer Konfigurationen sozioökonomischer Organisation spielen und damit wesentlich zum volkswirtschaftlichen Wachstum beitragen sowie internationale Wettbewerbsvorteile sichern.

Im Ergebnis der generalisierenden regulationstheoretisch-geographischen Ausführungen zeigt sich, dass die aktuelle Runde der räumlichen Redimensionierung von Staatlichkeit weniger eine Erosion staatlicher Macht ist, als vielmehr deren Re-Territorialisierung in einer transformierten „glokalisierten“ räumlichen Konfiguration, die bestimmte Räume als Produktivkräfte gegenüber anderen privilegiert. Wie insbesondere Brenner hervorhebt, sind die hierzu mobilisierten räumlichen Staatsprojekte und räumlichen Strategien aber innerlich widersprüchlich, insofern sie die räumlich ungleiche Entwicklung forcieren, die soziopolitische Kohäsion unterminieren und die langfristigen Bedingungen für die sozioökonomische Entwicklung auf allen scales gefährden. Es erscheint deshalb nicht nur ihm unwahrscheinlich, dass die aktuellen Formen neoliberaler Regionalisierung die politisch-institutionelle Basis für ein stabiles Modell ökonomischer Entwicklung, politischer Regulation und einen tragfähigen postfordistischen Klassenkompromiss bilden können (2004a: 296 f., 2004b: 482). Insoweit der institutionelle und skalare Rahmen nationaler und europäischer Staatlichkeit kontinuierlich restrukturiert wird, hängt seine Zukunft von den konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Formen der Integration in die Weltökonomie und von der internen Integration der städtischen und nationalen Gesellschaft ab, in deren Verlauf die Räumlichkeit staatlicher Macht selbst zum Gegenstand und Einsatz werden müsste – anstatt nur Arena für deren Entfaltung zu sein. Insbesondere müssten die aktuell dominierende orthodoxe neoliberale Agenda forcierter Standortpolitiken infrage gestellt und politische Mechanismen gesucht werden, mit deren Hilfe progressive Kräfte soziale und räumliche Politiken mobilisieren können, die wachsender sozialer Ungleichheit, ungleicher räumlicher Entwicklung und ungebremster, unregulierter Konkurrenz zu begegnen versuchen.

Mit Blick auf die stadt-regionale Ebene erinnern Brenner/Heeg (1999: 103) in diesem Zusammenhang an Lefebvres Betonung des doppelten Charakters des städtischen Raums im Kapitalismus als Produktivkraft der Kapitalakkumulation und als ein soziales Verhältnis, in und durch das Interaktionen zwischen Menschen in sozialen Auseinandersetzungen organisiert und reproduziert werden (vgl. Lefebvre 1968, 1974/91; Douglass und Friedmann 1997). Die häufig auf Kosten der Stadt als sozialer Raum vorangetriebene lokale Mobilisierung von Raum als einer Produktivkraft, in deren Kontext Stadtregionen zunehmend als *die* Standorte der sozioökonomischen Regulation und Generierung von Wachstum wahrgenommen werden, sei nicht ausschließlich auf globale ökonomische Entwicklungen zurückzuführen, sondern durch soziale und politische Auseinandersetzungen über die Form und den Entwicklungspfad (neoliberaler De- oder neokorporatistischer (Re-)Regulationsprojekte) und die Inwertsetzung des städtischen Raums vermittelt. Der Versuch städtischer Politik, sowohl eine räumliche Einbettung des Kapitals als auch eine Steigerung der produktiven Kapazitäten innerhalb einer Stadtregion zu erreichen, hänge aber nicht nur von Auseinandersetzungen um die Gestaltung des städtischen Raums durch verschiedene soziale Gruppen, politisch-staatliche Institutionen und eher ortsgebundene soziale Akteure auf der nationalen, stadtregionalen und lokalen Ebene ab, wie sie in Forderungen

nach sozialer Kohäsion, stadtreionaler Redistribution oder Steigerung der lokalen Lebensqualität zum Ausdruck kommen, sondern auch von den de- und re-regulativen Zwängen übergeordneter auf subnationale Ebenen (Brenner, Heeg 1999: 105).

Entsprechend ihrer Schlüsselrolle als Agglomerationen von Produktivkräften und als grundlegende Struktur sozialer Verhältnisse können Städte damit zwar die Orte sein, in denen „Gegenräume“ und „Gegenprojekte“ (Lefebvre 1974/1991) zur kapitalistischen Hegemonie und staatlichen Dominanz über das soziale Alltagsleben gebildet werden können. Progressive Alternativen zur neoliberalen Standortpolitik und zu einer unternehmerischen Stadt hängen jedoch mit Auseinandersetzungen über die Form und den Entwicklungspfad von stadtreionaler Entwicklung auch auf überlokalen Ebenen staatlicher Herrschaft zusammen und erfordern eine vor allem die EU und den Nationalstaat einbeziehende Strategie des „jumping scales“ (Smith 1995) mit dem Ziel eines neuen Systems der Governance, neuartigen kooperativen Netzwerken und Rahmenbedingungen für gesellschaftliche Kompromisse (Brenner, Heeg 1999: 113 ff.). Ohne hier auf die beträchtlichen theoretischen und praktischen Herausforderungen eines derartigen Projektes eingehen zu können, dürfte aber die breite Wiederbelebung der Diskussion über Städte als soziale Räume und speziell „die Thematisierung des grundlegenden Widerspruchs des Neoliberalismus: nämlich die Mobilisierung des städtischen Raums als eine Produktivkraft auf Kosten seiner Bedeutung als sozialer Raum“ (Brenner und Heeg 1999: 114) eine Schlüsselbedingung für jede Alternative sein.

Literatur

- Ad-hoc-Arbeitskreis „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ (2006): Gleichwertige Lebensverhältnisse – eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe neu interpretieren! Positionspapier aus der ARL Nr. 69, Hannover.
- Aglietta, M. (1979): *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*. London.
- Aglietta, M. (1982): World capitalism in the 1980s. In: *New Left Review*, H. 136, S. 5–41.
- Agnew, J. (1993): Representing space: space, scale and culture in social science. In: Duncan, J.; Ley, D. (Hrsg.): *Place/Culture/Representation*. London, S. 251–271.
- Agnew, J. (1994): The territorial trap: the geographical assumptions of international relations theory. In: *Review of International Political Economy*, 1. Jg., H. 1, S. 53–80.
- Amin, A.; Thrift, N. (1991): Neo-Marshallian nodes in global networks. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 16. Jg., H. 4, S. 571–587.
- Amin, A.; Tomaney, J. (1995): The regional dilemma in a neo-liberal Europe. In: *European Urban and Regional Studies*, 2. Jg., H. 2, S. 171–188.
- Apeldorn, B. van (2003): European unemployment and transnational capitalist class strategy. In: Overbeek, H. (Hrsg.): *The Political Economy of European Employment. European Integration and the Transnationalization of the (Un)Employment Question*. London, New York, S. 113–134.
- Barlösius, E. (2006): Gleichwertigkeit ist nicht gleich. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 37, S. 16–22.
- Becker, J. (2002): *Akkumulation, Regulation, Territorium: Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Hamburg.
- Blotevogel, H.H.; Danielczyk, R. (2006): Ungleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – Herausforderung für die Raumordnungspolitik? In: Selle, K. (Hrsg.): *Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung. Analysen, Erfahrungen, Folgerungen, Planung neu denken*. Bd. 2, Dortmund, S. 59–71.

- BMBau (Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) (1995): Raumordnungspolitischer Handlungsrahmen. Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung in Düsseldorf am 08.03.1995, Bonn.
- BMBau (1993): Raumordnungspolitischer Orientierungsrahmen. Leitbilder für die räumliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- BMBVW (Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen) (2005): Weiterentwicklung raumordnungspolitischer Leitbilder und Handlungsstrategien, Beschluss der 32. Ministerkonferenz für Raumordnung am 28.04.2005 in Berlin.
- Borg, E. (2001): Hegemonie der Globalisierung? Kritische Überlegungen zum Hegemoniebegriff der Regulationstheorie. In: Candeias, M.; Deppe, F. (Hrsg.): Ein neuer Kapitalismus? Hamburg, S. 67–82.
- Boyer, R. (1990): *The Regulation School. A Critical Introduction*. New York.
- Brand, U.; Raza, W. (Hrsg.) (2003): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster.
- Brenner, N. (1997a): Global, fragmented, hierarchical: Henry Lefebvre's geographies of globalisation. In: *Public Culture*, 10. Jg., H. 1, S. 135–167.
- Brenner, N. (1997b): State territorial restructuring and the production of spatial scale. Urban and regional planning in the Federal Republic of Germany, 1960–1990. In: *Political Geography*, 16. Jg., H. 4, S. 273–306.
- Brenner, N. (1998a): Between fixity and motion: Accumulation, territorial organization and the historical geography of spatial scales. In: *Society and Space*, 16. Jg., H. 4, S. 459–481.
- Brenner, N. (1998b): Global cities, „glocal“ states: global city formation and state territorial restructuring in contemporary Europe. In: *Review of International Political Economy*, 5. Jg., H. 1, S. 1–37.
- Brenner, N. (1999a): Globalisation as reterritorialisation: the re-scaling of urban governance in the European Union. In: *Urban Studies*, H. 36, S. 431–451.
- Brenner, N. (1999b): Beyond state-centrism? Space, territoriality, and geographical scale in globalization studies. In: *Theory and Society*, H. 28, S. 39–78.
- Brenner, N. (2000a): The urban question as a scale question: reflections on Henri Lefebvre, urban theory and the politics of scale. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 24. Jg., H. 2, S. 361–378.
- Brenner, N. (2000b): Building ‚Euro-regions‘: locational politics and the political geography of neoliberalism in post-unification Germany. In: *European Urban and Regional Studies*, 7. Jg., H. 4, S. 317–343.
- Brenner, N. (2001): The limits of scale? Methodological reflections on scalar structuration. In: *Progress in Human Geography*, 15. Jg., H. 4, S. 525–548.
- Brenner, N. (2002): Decoding the newest „metropolitan regionalism“ in the USA: A critical overview. In: *Cities*, 19. Jg., H. 1, S. 3–21.
- Brenner, N. (2003a): ‚Glocalization‘ as a state spatial strategy. Urban entrepreneurialism and the new politics of uneven development in Western Europe. In: Peck, J.; Wai-Chung Yeung, H. (Hrsg.): *Remaking the Global Economy. Economic-geographical Perspectives*. London, S. 197–215.
- Brenner, N. (2003b): Metropolitan international reform and the rescaling of state space in contemporary Western Europe. In: *European Urban and Regional Studies*, 10. Jg., H. 4, S. 297–324.
- Brenner, N. (2004a): *New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. Oxford.
- Brenner, N. (2004b): Urban governance and the production of new state spaces in Western Europe, 1960–2000. In: *Review of International Political Economy*, 11. Jg., H. 3, S. 447–488.
- Brenner, N. (2006): Global cities, ‚glocal‘ states: Global city formation and state territorial restructuring in contemporary Europe. In: Brenner, N.; Keil, R. (Hrsg.): *The Global Cities Reader*. London, New York, S. 259–266.

- Brenner, N.; Heeg, S. (1999): Lokale Politik und Stadtentwicklung nach dem Fordismus: Möglichkeiten und Beschränkungen. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, H. 2, S. 103–119.
- Brenner, N.; Theodore, N. (Hrsg.) (2002): Spaces of Neoliberalism. Urban Restructuring in North America and Western Europe. Oxford.
- Bulkeley, H. (2005): Reconfiguring environmental governance towards a politic of scales and networks. In: Political Geography, H. 24, S. 875–902.
- Candeias, M. (2004): Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik. Hamburg.
- Candeias, M.; Deppe, F. (Hrsg.) (2001): Ein neuer Kapitalismus? Hamburg.
- Cheshire, P. (1999): Cities in competition: articulating the gains from integration. In: Urban Studies, 36. Jg., H. 5–6, S. 843–864.
- Cheshire, P.; Gordon, I. (1996): Territorial competition and the predictability of collective (in)action. In: International Journal of Urban and Regional Research, 20. Jg., H. 3, S. 383–399.
- Collinge, C. (1999): Self-organization of society by scale: A spatial reworking of Regulation Theory. In: Environment and Planning D: Society and Space, H. 17, S. 557–574.
- Collinge, C. (2005): The *différance* between society and space: nested scales and the returns of spatial fetishism. In: Environment and Planning D: Society and Space, H. 23, S. 189–206.
- Cox, K.R. (1990): Territorial structures of the state: some conceptual issues. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie, 81. Jg., H. 4, S. 251–266.
- Cox, K.R. (1995): Globalization, competition and the politics of local economic development. In: Urban Studies, 32. Jg., H. 2, S. 213–224.
- Cox, K.R. (1997): Governance, urban regime analysis, and the politics of local economic development. In: Lauria, M. (Hrsg.): Reconstructing Urban Regime Theory. Regulating Urban Politics in a Global Economy, Thousand Oaks u. a., S. 99–121.
- Cox, K.R. (1998): Spaces of dependence, spaces of engagement and the politics of scale, or: Looking for local politics. In: Political Geography, 17. Jg., H. 1, S. 1–23.
- Cox, K.R.; Mair, A. (1991): From localised social structures to localities as agents. In: Environment and Planning A, H. 23, S. 197–213.
- Delaney, D.; Leitner, H. (1997): The political construction of scale. In: Political Geography, H. 16, S. 93–97.
- Demirovic, A. (1992): Regulation and Hegemonie. In: Demirovic, A.; Krebs, H.P.; Sablowski, Th. (Hrsg.): Hegemonie und Staat, Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess. Münster, S. 128–157.
- Demirovic, A.; Krebs, H.P.; Sablowski, Th. (Hrsg.) (1992): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess. Münster.
- Deutscher Bundestag (1990): Raumordnungsbericht 1990. Drucksache 11/7589, vom 19.07.1990.
- Deutscher Bundestag (1994): Raumordnungsbericht 1993. Drucksache 12/2143, vom 24.02.1994.
- Dicken, P. (2003): Global Shift: Reshaping the Global Economic Map in the 21st Century, 4. Aufl., London.
- Dicken, P. (2004): Geographers and 'globalisation': (yet) another missed boat? In: Transactions of the Institute of British geographers, H. 29, S. 5–26.
- DiGiovanna, S. (1996): Industrial districts and regional economic development: a regulation approach. In: Regional Studies, 30. Jg., H. 4, S. 373–386.
- Douglass, M.; Friedmann, J. (Hrsg.) (1997): Cities for Citizens: Planning and the Rise of Civil Society in a Global Age. New York.
- Duncan, S.; Goodwin, M. (1987): The Local State and Uneven Development. London.
- Dunford, M.; Perrons, D. (1994): Regional inequality, regimes of accumulation and economic development in contemporary Europe. In: Transactions of the Institute of British Geographers, 19, 163–182.

- Esser, J.; Görg, C.; Hirsch, J. (Hrsg.) (1994): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie. Hamburg.
- Florida, R. (2002): *The Rise of the Creative Class: And How It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life*. New York.
- Friedmann, J. (1995): Ein Jahrzehnt der World City-Forschung. In: Hitz, H. et al. (Hrsg.): *Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich*. Zürich, S. 22–44.
- González, S. (2006): Scalar narratives in Bilbao: A cultural politics of scales approach to the study of urban policy. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 30. Jg., H. 4, S. 836–857.
- Goodwin, M.; Duncan, S.; Halford, S. (1993): Regulation theory, the local state and the transition of urban politics. In: *Environment and Planning D: Society and Space*, H. 11, S. 67–88.
- Goodwin, M.; Jones, M.; Jones, R. A. (2006): The theoretical challenge of devolution and constitutional change in the United Kingdom. In: Tewdwr-Jones, M.; Allmendinger, P. (Hrsg.): *Territory, Identity and Spatial Planning*. London, New York, S. 35–46.
- Goodwin, M.; Painter, J. (1997): Concrete research, urban regimes, and regulation theory. In: Lauria, M. (Hrsg.): *Reconstructing Urban Regime Theory. Regulating Urban Politics in a Global Economy*, Thousand Oaks, S. 13–29.
- Goodwin, M. (2001): Regulation as process: regulation theory and comparative urban and regional research. In: *Journal of Housing and the Built Environment*, H. 16, S. 71–87.
- Görg, C. (1994): Der Institutionenbegriff in der „Theorie der Strukturierung“. In: Esser, J.; Görg, C.; Hirsch, J. (Hrsg.): *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*. Hamburg, S. 31–84.
- Gough, J. (2001): Neoliberalism and socialisation in the contemporary city: opposites, complements and instabilities. In: *Antipode*, 34. Jg., H. 3, S. 405–426.
- Hall, T.; Hubbard, P. (1996): The entrepreneurial city: new politics, new urban geographies. In: *Progress in Human Geography*, 20. Jg., H. 2, S. 153–174.
- Hall, T.; Hubbard, P. (1998): *The Entrepreneurial City: Geographies of Politics, Regime and representation*. London.
- Harloe, M. (2001): Social justice and the city: the new ‚liberal formulation‘. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 25. Jg., H. 4, S. 889–897.
- Harvey, D. (1982): *The Limits to Capital*. New York.
- Harvey, D. (1985): *The Urbanization of Capital*. Oxford.
- Harvey, D. (1989a): *The Urban Experience*. Baltimore.
- Harvey, D. (1989b): From managerialism to entrepreneurialism; the transformation in urban governance in late capitalism. In: *Geografiska Annaler B*, 71. Jg., H. 1, S. 3–18.
- Harvey, D. (2000): *Spaces of Hope*. Berkely. Los Angeles.
- Harvey, D. (2001): Globalization and the „spatial fix“. In: *Geographische Revue*, H. 3, S. 23–30.
- Hay, C. (1996): Re-stating Social and Political Change. Buckingham.
- Hay, C.; Rosamond, B. (2002): Globalization, European integration and the discursive construction of economic imperatives. In: *Journal of European Public Policy*, 9. Jg., H. 2, S. 147–167.
- Heinz, W. (Hrsg.): (2000): *Stadt und Region – Kooperation oder Koordination? Ein internationaler Vergleich*. Stuttgart.
- Herod, A. (2001): *Labor Geographies: Workers and the Landscapes of Capitalism*. New York.
- Herod, A.; Wright, M.W. (2002) (Hrsg.): *Geographies of Power. Placing Scale*. Oxford.
- Herrschel, T.; Newman, P. (2002): *Governance in Europe's City Regions*. London.
- Hirsch, J. (1990): *Kapitalismus ohne Alternative?* Hamburg.
- Hirsch, J. (1992): Regulation, Staat und Hegemonie. In: Demirovic, A; Krebs, H.P.; Sablowski, T. (Hrsg.): *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, Münster, S. 203–231.

- Hirsch, J. (1994): Politische Form, politische Institutionen und Staat. In: Esser, J.; Görg, C.; Hirsch, J. (Hrsg.): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg, S. 157–211.
- Hirsch, J. (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin.
- Hirsch, J.; Jessop, B.; Poulantzas, N. (2001): Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung. Hamburg.
- Howitt, R. (2003): Scale. In: Agnew, J.; Mitchell, K.; Toal, G. (Hrsg.): A Companion to Political Geography. Oxford, S. 138–157.
- Jenson, J. (1989): Paradigms and political discourse: legislation in France and the United States before 1914. In: Canadian Journal of Political Science, H. 22, S. 235–58.
- Jenson, J. (1990): Representations in crises: the roots of Canada's permeable Fordism. In: Canadian Journal of Political Science, H. 23, S. 653–83.
- Jenson, J. (1991): Thinking (a feminist) history: the regulation approach as theatre. In: Cahiers de Recherche Sociologique, H. 17, S. 185–198.
- Jenson, J. (1993): Naming nations: making nationalist claims in Canadian public discourse. In: Canadian Review of Sociology and Anthropology, H. 30, S. 397–58.
- Jenson, J. (1995): Mapping, naming and remembering: globalization at the end of the twentieth century. In: Review of International Political Economy, H. 2, S. 96–116.
- Jessop, B. (1990a): Regulation theories in retrospect and prospect. In: Economy and Society, H. 19, S. 153–216.
- Jessop, B. (1990b): State Theory: Putting Capitalist States in their Place. Cambridge.
- Jessop, B. (1991): The welfare state in transition from Fordism to Post-Fordism. In: Jessop, B. et al. (Hrsg.): The Politics of Flexibility, Aldershot, Hants, S. 82–105.
- Jessop, B. (1992a): Fordism and Post-Fordism: a critical reformulation. In: Storper, M.; Scott, A.J. (Hrsg.): Pathways to Industrialization and Regional Development, London, S. 46–69.
- Jessop, B. (1992b): Regulation und Politik. Integrale Ökonomie und integraler Staat. In: Demirovic, A.; Krebs, H.P.; Sablowski, Th. (Hrsg.): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess, Münster, S. 232–262.
- Jessop, B. (1993): Towards a Schumpeterian workfare state? Preliminary remarks on post-Fordist political economy. In: Studies in Political Economy, H. 40, S. 7–39.
- Jessop, B. (1994): The transition to post-Fordism and the Schumpeterian workfare state. In: Borrows, R.; Wader, B. (Hrsg.): Towards a Post-Fordist Welfare State, London, S. 13–37.
- Jessop, B. (1997a): Survey article: The regulation approach. In: The Journal of Political Philosophy, 5. Jg., H. 3, S. 287–326.
- Jessop, B. (1997b): Die Zukunft des Nationalstaats – Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa. In: Bekker, S.; Sablowski, T.; Schumm, W. (Hrsg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung, Berlin, Hamburg, S. 50–95.
- Jessop, B. (1999a): Reflections on globalisation and its (il)logic(s). In: Olds, K. et al. (Hrsg.): Globalisation and the Asia-Pacific. Contested territories, London, New York, S. 19–38.
- Jessop, B. (1999b): Narrating the future of the national economy and the national state: Remarks and Re-mapping Regulation and Reinventing Governance. In: Steinmetz, G. (Hrsg.): State Formation of the Cultural Turn, Ithaca, New York, S. 378–405.
- Jessop, B. (1999c): Globalisation and the national state: Reflections on a theme of Poulantzas. In: Aaronowitz, S.; Bratisis, P. (Hrsg.): Rethinking the State: Miliband, Poulantzas and State Theory. Minneapolis.
- Jessop, B. (2000): The crises of the national spatio-temporal fix and the ecological dominance of globalizing capitalism. In: International Journal of Urban and Regional Research, 24. Jg., H. 2, S. 323–360.

- Jessop, B. (2001a): Kritischer Realismus, Marxismus und Regulation. Zu den Grundlagen der Regulations-
theorie. In: Candeias, M.; Deppe, F. (Hrsg.): Ein neuer Kapitalismus? Hamburg, S. 16–40.
- Jessop, B. (2001b): Institutional re(turns) and the strategic-relational approach. In: *Environment and Plan-
ning A*, H. 33, S. 1213–1235.
- Jessop, B. (2001c): Die Globalisierung des Kapitals und die Zukunft des Nationalstaates. Ein Beitrag zur
Kritik der globalen politischen Ökonomie. In: Hirsch, J.; Jessop, B.; Poulantzas, N.: Die Zukunft des
Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung. Hamburg, S. 139–170.
- Jessop, B. (Hrsg.) (2001d): *Regulation Theory and the Crisis of Capitalism*. 5. Jg., Aldershot.
- Jessop, B. (2002): *The Future of the Capitalist State*. London.
- Jessop, B. (2003a): Postfordismus und wissensbasierte Ökonomie. Eine Reinterpretation des Regulations-
ansatzes. In: Brand, U.; Raza, W. (Hrsg.): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven
des Regulationsansatzes. Münster, S. 89–111.
- Jessop, B. (2003b): Kapitalismus, Steuerung und der Staat. In: Buckel, S.; Dackweiler, R.-M.; Noppe, R.
(Hrsg.): Formen und Felder politischer Intervention. Zur Relevanz von Staat und Steuerung (Festschrift
für Josef Esser). Münster, S. 30–48.
- Jessop, B. (2004): Spatial fixes, temporal fixes, and spatio-temporal fixes. Published by the Department of
Sociology. Lancaster. <http://www.comp.lancs.ac.uk/sociology/papers/jessop-spatio-temporal-fixes.pdf>.
- Jessop, B. (2007): Althusser, Poulantzas, Buci-Glucksmann – Weiterentwicklungen von Gramscis Konzept
des integralen Staats. In: Buckel, S.; Fischer-Lescano, A. (Hrsg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang.
Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden, S. 43–65.
- Jessop, B.; Nielsen, K.; Pederson, J. K. (1993): Structural competitiveness and strategic capacities rethinking
the state and international capital. In: Sjöstrand, S. E. (Hrsg.): *Institutional Change: Theory and Empirical
Findings*. London, S. 227–262.
- Jonas, A. E. G. (1994): The scale politics of spatiality. In: *Environment and Planning D: Society and Space*,
12. Jg., H. 3, S. 257–264.
- Jonas, A. E. G. (2006): Pro-scale: further reflections on the ‚scale debate‘ in human geography. In: *Tran-
sactions of the Institute of British Geographers New Series*, H. 31, S. 399–406.
- Jonas, A. E. G.; Ward, K. (2002): A world or regionalism? Towards a Us-UK urban and regional policy
framework comparison. In: *Journal of Urban Affairs*, 24. Jg. H. 4, S. 377–401.
- Jones, K. (1998): Scale as epistemology. In: *Political Geography*, H. 17, S. 25–28.
- Jones, M. (1997): Spatial selectivity of the state? The regulationist enigma and local struggles over economic
governance. In: *Environment and Planning A*, H. 29, S. 831–864.
- Jones, M. (1998): *New Institutional Space*. London.
- Jones, M. (2001): The rise of the regional state in economic governance: ‚Partnerships for prosperity‘ or
new scales of state power? In: *Environment and Planning A*, H. 33, S. 1185–1212.
- Jones, M.; MacLeod, G. (2004): Regional spaces, spaces of regionalism: territory, insurgent politics and
the English question. In: *Transactions of the Institute of British Geographers*, 29. Jg. H. 4, S. 433–453.
- Jones, R.; Goodwin, M.; Jones, M.; Pett, K. (2005): „Filling in“ the state: economic governance and the
evolution of devolution in Wales. In: *Environment and Planning C*, H. 23, S. 337–360.
- Krätke, S. (1999): A regulationist approach to regional studies. In: *Environment and Planning A*, H. 31,
S. 683–704.
- Krätke, S. (2006): The metropolization of the European urban and regional system. GaWC, Research
Bulletin 193. http://lboro.ac.uk/gawc/rb/rb_193.html.
- Krätke, S.; Heeg, S.; Stein, R. (1997): *Regionen im Umbruch. Probleme der Regionalentwicklung an den
Grenzen zwischen „Ost“ und „West“*. Frankfurt am Main, New York.
- Lauria, M. (Hrsg.) (1997): *Reconstructing Regime Theory: Regulating Urban Politics in a Global Economy*.
Thousand Oaks.

- Leborgne, D.; Lipietz, A. (1991): Two social strategies in the production of new industrial spaces. In: Benko, D.; Dunford, M. (Hrsg.): *Industrial Change and Regional Development: The Transformation of New Industrial Spaces*, London, S. 27–49.
- Lefebvre, H. (1968): *Le Droit a la Ville*, Paris.
- Lefebvre, H. (1974/1991): *The Production of Space*. Cambridge/Mass.
- Lefebvre, H. (1979): *De l'Etat: Les Contradictions de l'Etat Moderne*. 4. Jg., Paris.
- Leitner, H. (1990): Cities in pursuit of economic growth. In: *Political Geography Quarterly*, 9. Jg., H. 2, S. 146–170.
- Leitner, H.; Sheppard, E. (1999): Transcending interurban competition: conceptual issues and policy alternatives in the European Union. In: Jonas, A. E.; Wilson, D. (Hrsg.): *The Urban Growth Machine. Critical perspectives, Two Decades Later*. Albany, S. 227–246.
- Leitner, H.; Sheppard, E. (2002): „The city is dead, long life the net“: Harnessing European Interurban networks for a neoliberal agenda. In: *Antipode* 2002, S. 495–518.
- Lever, W. (1999): Competitive cities in Europe. In: *Urban Studies*, 36. Jg., H. 5-6, S. 1029–1044.
- Lipietz, A. (1977): *Le Capital et son Espace*. Paris.
- Lipietz, A. (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der „Regulation“. In: *PROKLA*, H. 58, S. 109–137.
- Lipietz, A. (1988): Reflections on a tale: The Marxist foundations of the concept of ‚regulation‘. In: *Studies in Political Economy*, H. 26, S. 7–36.
- Lipietz, A. (1993): The local and the global: Regional individuality or Interregionalism. In: *Transactions, Institute of British Geographers*, 18. Jg. H. 1, S. 8–18.
- Lipietz, A. (1994): The national and the regional: their autonomy vis-à-vis the capitalist world crisis. In: Palan, R.; Gills, B. (Hrsg.): *Transcending the State-Global Divide: a Neo-Structuralist Agenda in International Relations*. London, S. 23–43.
- Lipietz, A. (1996): Warp, woof and regulation: A tool for social science. In: Benko, G.; Strohmayer, U. (Hrsg.): *Space and Social Theory*. Cambridge (MA), S. 250–283.
- Lipietz, A. (1998): *Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“*. Hamburg, Berlin.
- Lovering, J. (1999): Theory led by policy: the inadequacies of the ‚new regionalism‘. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 23. Jg. H. 2, S. 379–396.
- MacLeod, G. (1997): Globalizing Parisian thought-waves: recent advances in the study of social regulations, politics, discourse and space. In: *Progress in Human Geography*, 21. Jg., H. 4, S. 530–553.
- MacLeod, G. (1999): Place, politics and „scale dependence“: Exploring the structuration of Euroregionalism. In: *European Urban and Regional Studies*, 6. Jg. H. 3, S. 231–251.
- MacLeod, G. (2001): New regionalism reconsidered: Globalization and the remaking of political economic space. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 25. Jg. H. 4, S. 804–829.
- MacLeod, G.; Jones, M. (1999): Regulating a regional rustbelt: institutional fixes, entrepreneurial discourse, and ‚politics of representation‘. In: *Environment and Planning D: Society and Space*, H. 17, S. 575–605.
- Marcuse, P.; van Kempen, R. (Hrsg.) (2001): *Globalizing Cities*. Cambridge, Mass.
- Marston, S. (2000): The social construction of scale. In: *Progress in Human Geography*, 24. Jg., H. 2, S. 219–242.
- Martin, R.; Sunley, P. (1997): The Post-Keynesian State and the Space Economy. In: Lee, R.; Wills, J. (Hrsg.): *Geographies of Economies*. London, S. 278–289.
- Massey, D. (1984): *Spatial Division of Labour*. London.
- Massey, D. (1993): Power-geometry and a progressive sense of place. In: Bird, J. et al. (Hrsg.): *Mapping the Futures: Local Cultures, Global Change*. London, S. 59–69.

- Massey, D. (2005): *For Space*. London.
- Mayer, M. (1990): Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt. In: Borst, R. (Hrsg.): *Das neue Gesicht der Städte*. Basel, S. 190–208.
- Mayer, M. (1992): The shifting local political system in European cities. In: Dunford, M.; Kafkalas, G. (Hrsg.): *Cities and Regions in the New Europe: the Global-Local Interplay and Spatial Development Strategies*. London, S. 255–276.
- McCann, E. J. (2002): The urban as an object of study in global city literatures: representational practices and conceptions of place and scale. In: Herod, A.; Wright, M. (Hrsg.): *Geographies of Power: Placing Scale*, Oxford.
- McCann, E. J. (2007): Inequality and politics in the creative city-region: Questions of Livability and sate strategy. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 31. Jg. H. 1, S. 188–196.
- McGuirk, P. M. (2004): State, strategy, and scale in the competitive city: a neo-Gramscian analysis of the governance of ‚global Sidney‘. In: *Environment and Planning A*, H. 36, S. 1019–1043.
- Mitchell, T. (1991): The limits of the state: Beyond statist approaches and their critics. In: *American Political Science Review*, H. 85 (N), S. 77–96.
- Moulaert, F. (1996): Rediscovering spatial inequality in Europe: building blocks for an appropriate ‚regulationist‘ analytical framework. In: *Environment and Planning D: Society and Space*, H. 14, S. 155–179.
- Moulaert, F.; Swyngedouw, E. (1990): Regionalentwicklung und die Geographie flexibler Produktionssysteme. In: Borst, R. u. a. (Hrsg.): *Das neue Gesicht der Städte*. Basel u. a., S. 89–108.
- Offe, C. (1972): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Ansätze zur politischen Soziologie*. Frankfurt am Main.
- Paasi, A. (2004): Place and region: Looking through the prism of scale. In: *Progress in Human Geography*, 28. Jg., H. 4, S. 536–546.
- Painter, J. (1997): Regulation, regime and practice in urban politics. In Lauria, M. (Hrsg.): *Reconstructing Regime Theory: Regulating Urban Politics in a Global Economy*. Thousand Oaks, S. 122–143.
- Painter, J.; Goodwin, M. (1995): Local governance and concrete research investigating the uneven development of regulation. In: *Economy and Society*, H. 24, S. 334–356.
- Panebianco, S. (2006): Die „Entrepreneurial City“ – Ein Erfolgsmodell deutscher Großstädte? In: Hangebruch, N. et al. (Hrsg.): *Agglomerationen – Situation und Perspektiven*, Arbeitsmaterial der ARL Nr. 325, Hannover, S. 58–67.
- Peck, J. (2001a): *Workfare States*. New York.
- Peck, J. (2001b): Neoliberalizing states: Thin policies/hard outcomes. In: *Progress in Human Geography*, H. 25, S. 445–455.
- Peck, J. (2002): Political economies of scale: fast policy, interscalar relations and neoliberal workfare. In: *Economic Geography*, 78. Jg., H. 3, S. 332–360.
- Peck, J. A.; Jones, M. R. (1995): Training and Enterprise councils: Schumpeterian workfare state, or what? In: *Environment and Planning A*, H. 27, S. 1361–1396.
- Peck, J.; Tickell, A. (1992): Local modes of social regulation? Regulation theory, Thatcherism and uneven development. *Geoforum*, H. 23, S. 347–363.
- Peck, J.; Tickell, A. (1994): Searching for a new institutional fix. The after-Fordist crises and global-local disorder. In: Amin, A. (Hrsg.): *Post-Fordism: A Reader*. Oxford, S. 280–315.
- Peck, J.; Tickell, A. (1995): The social regulation of uneven development: ‚regulatory deficit‘, England’s south east, and the collapse of Thatcherism. In: *Environment and Planning A*, H. 27, S. 15–40.
- Peck, J.; Tickell, A. (2002): Neoliberalizing space. In: Brenner, N.; Theodore; N. (Hrsg.): *Spaces of Neoliberalism*. Boston, S. 33–57.
- Petrella, R. (2000): The future of regions: why the competitiveness imperative should not prevail over solidarity, sustainability and democracy. In: *Geografiska Annaler*, 82 B (2), S. 67–72.

- Poulantzas, N. (1978): *Staatstheorie, Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*. Hamburg.
- Prigge, W. (1995): *Urbi et Orbi – Zur Epistemologie des Städtischen*. In: Hitz, H. et al. (Hrsg.): *Capitales Fatales: Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt am Main und Zürich*. Zürich, S. 176–187.
- Purcell, M. (2002): *The state, regulation, and global restructuring: reasserting the political in political economy*. In: *Review of International Political Economy*, 9. Jg., H. 2, S. 298–332.
- Röttger, B. (1997): *Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes*. Münster.
- Röttger, B. (2003): *Verlassene Gräber und neue Pilger an der Grabesstätte. Eine neo-regulationistische Perspektive*. In: Brand, U.; Raza, W. (Hrsg.): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster, S. 18–42.
- Sablowski, Th. (1994): *Zum Status des Hegemoniebegriffs in der Regulationstheorie*. In: Esser, J.; Görg, C.; Hirsch, J. (Hrsg.): *Politik, Institution und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*. Hamburg, S. 133–156.
- Salet, W. et al. (Hrsg.) (2003): *Metropolitan Governance and Spatial Planning*. London.
- Sassen, S. (1991): *The Global City*. Princeton.
- Sassen, S. (1993): *Cities in the World Economy*. London.
- Sayer, A. (1992): *Method in Social Science: A Realist Approach*. London.
- Scherrer, C. (1995): *Eine diskursanalytische Kritik der Regulationstheorie*. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, H. 100, S. 457–482.
- Schmid, C. (1996): *Urbane Region und Territorialverhältnisse. Zur Regulation des Urbanisierungsprozesses*. In: Bruch, M. et al. (Hrsg.): *Unternehmen Globus*. Münster.
- Schmid, C. (2002): *Stadt, Raum und Gesellschaft. Zur Theorie der Produktion des Raumes von Henry Lefebvre*. Jena.
- Schmid, C. (2003): *Raum und Regulation. Henri Lefebvre und der Regulationsansatz*. In: Brand, U.; Raza, W. (Hrsg.): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster, S. 217–242.
- Scott, A.J. (1996): *Regional motors of the global economy*. In: *Futures*, 28. Jg., H. 5, S. 391–411.
- Scott, A.J. (1988): *Regions and the World Economy*. London.
- Sheppard, E.; McMaster, R.B. (Hrsg.) (2004): *Scale and Geographic Inquiry. Nature, Society and Method*. Oxford.
- Smith, M. (2001): *Transnational Urbanism: Locating Globalization*. Oxford.
- Smith, N. (1984): *Uneven Development*. Oxford.
- Smith, N. (1992): *Geography, difference and the politics of scale*. In: Doherty, J. et al. (Hrsg.): *Postmodernism and the Social Sciences*. New York, S. 57–79.
- Smith, N. (1993): *Homeless/global: scaling places*. In: Bird, J. et al. (Hrsg.): *Mapping the Futures: Local Cultures, Global Change*. London, S. 87–120.
- Smith, N. (1995): *Remaking scale: competition and cooperation*. In: Eskelinen, H.; Snickars, F. (Hrsg.): *Competitive European Peripheries*. Berlin, S. 59–74.
- Storper, M.; Walker, R. (1989): *The Capitalist Imperative*. Cambridge, Mass.
- Swyngedouw, E. (1992a): *The mammon quest. ‚Globalisation‘, interspatial competition and the monetary order: the construction of new scales*. In: Dunford, M.; Kafkalas, G. (Hrsg.): *Cities and Regions in the New Europe*. London, S. 39–67.
- Swyngedouw, E. (1992b): *Territorial organization and the space/technology nexus*. In: *Transactions, Institute of British Geographers*, H. 17, S. 417–433.
- Swyngedouw, E. (1996): *Reconstructing citizenship, the re-scaling of the state and the new authoritarianism: Closing the Belgian mines*. In: *Urban Studies*, 33. Jg., H. 8, S. 1499–1521.

- Swyngedouw, E. (1997a): Neither Global nor Local: „Glocalization“ and the Politics of Scale. In: Cox, K. (Hrsg.): Spaces of Globalization. New York, S. 137–166.
- Swyngedouw, E. (1997b): Excluding the other: the production of scale and scaled politics. In: Lee, R.; Wills, J. (Hrsg.): Geographies of Economies. London, S. 167–177.
- Swyngedouw, E. (2004): Globalization or ‚Glocalization‘? Networks, Territories and Rescaling. In: Cambridge Review of International Affairs, 17. Jg., H. 1, S. 25–48.
- Taylor, P. (1994): The state as container: territoriality in the modern world system. In: Progress in Human Geography, 18. Jg., H. 2, S. 151–162.
- Taylor, P. (2000): World cities and territorial states under conditions of contemporary globalization. In: Political Geography, H. 19, S. 5–32.
- Taylor, P. (2004): World City Network: a Global Urban Analysis. London.
- Théret, B. (1990): La place de l'état dans les theories économiques françaises de la regulation: elements critiques et repositionnement à la lumière de l'histoire. In: Economie Appliquée, 63. Jg., H. 2, S. 43–81.
- Théret, B. (1991): Régulation et topologie du social. In: Cahiers de Recherche Sociologique, H. 17, S. 125–152.
- Théret, B. (1994): To have or to be: on the problem of the interaction between state and economy and its ‚solidarist‘ mode of regulation. In: Economy and Society, 23. Jg., H. 1, S. 1–46.
- Thierstein, A. (2006): Raumentwicklung im Verborgenen. Zu Metropolregionen, Standortmanagement und Planung. In: Selle, K. (Hrsg.): Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse. Planung neu denken. Bd. 1, Dortmund, S. 389–399.
- Tickell, A.; Peck, J. (1995): Social regulation after Fordism: regulation theory, neo-liberalism and the global-local nexus. In: Economy and Society, H. 24, S. 357–386.
- Tömmel, I. (1996): Internationale Regulation und locale Modernisierung. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, H. 40, S. 44–58.
- Uitermark, J. (2002): Re-scaling, ‚scale fragmentation‘ and the regulation of antagonistic relationships. In: Progress in Human Geography, 26. Jg., H. 6, S. 743–765.
- uneven development. In: Geoforum, H. 23, S. 347–363.
- Varsanyi, M. W. (2000): Global cities from the ground up: a response to Peter Taylor. In: Political Geography, H. 19, S. 33–38.
- Veltz, P. (1996): Mondialisation, villes et territoires. Paris.
- Veltz, P. (1997): The dynamics of production systems, territories and cities. In: Moulaert, F.; Scott, A. J. (Hrsg.): Cities, Enterprises and Society on the Eve of the 21st Century. London, S. 78–96.
- Wai-Chung Yeung, H. (2002): The limits to globalization theory. A geographic perspective on global economic change. In: Economic Geography, H. 3, S. 285–306.
- Ward, K.; Jonas, A. E. G. (2004): Competitive city-regionalism as a politics of space: a critical reinterpretation of the new regionalism. In: Environment and Planning A, H. 36, S. 2119–2139.
- Willke, H. (1983): Entzauberung des Staates. Überlegungen zu einer gesellschaftlichen Steuerungstheorie. Königstein/T.
- Winter, J. (2003): Regulation und Hegemonie in nach-fordistischen Zeiten. In: Brand, U.; Raza, W. (Hrsg.): Fit für den Postfordismus? Münster, S. 196–216.
- Ziltener, P. (1999): Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit. Münster.